



Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Bildung

Lehrplan Politik

– an beruflichen Schulen –

Ausgabe: August 1976

Georg-Eckert-Institut BS78

1 167 899 2

Z-V HB
S. 9 (1976)

Georg-Eckert-Institut
für internationale Schulbuchforschung
Braunschweig
-Bibliothek-

SB 5889

Vorbemerkung zum Lehrplan Politik an beruflichen Schulen

1. Einführung des Lehrplans

Der Lehrplan POLITIK für die beruflichen Schulen ersetzt die bisherigen Einzelpläne für das Fach **Gemeinschaftskunde** an den gewerblichen, den kaufmännischen und den hauswirtschaftlichen Teilschulen. Für diese Schulen sind jetzt die Inhalte im Bereich der politischen Bildung vereinheitlicht und präzisiert, nicht aber grundsätzlich verändert worden. Die ausgewählten Fachinhalte stimmen weitgehend mit der entsprechenden Auswahl anderer Bundesländer überein.

Die einheitliche Fachbezeichnung ist **Politik**. Der Name gibt an, was gemeint ist: Gemeinsames Gestalten des öffentlichen Lebens. Außerdem ist die Bezeichnung bestimmter Fachschwerpunkte (Politik, Geographie, Geschichte und Wirtschaftslehre) im Rahmen der „Gemeinschaftskunde“ an beruflichen Vollzeitschulen und im Kursystem der neugestalteten gymnasialen Oberstufe festgelegt. Im Hinblick auf künftige Entwicklungen nimmt der vorliegende Lehrplan vorsorglich den entsprechenden Kurs-Code mit auf – hier als: GKD (POL).

2. Der Situationsansatz als inhaltliches Auswahlkriterium

Die Inhalte im Bereich der politischen Bildung wurden vereinheitlicht, weil die Ausgangssituation, in der sich der Jugendliche in Ausbildung befindet, grundsätzlich übereinstimmende Züge aufweist. Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß er laufend als **Wählender** angesprochen wird (Icherfahrung/Autonomie), auf **Verständigung** mit anderen angewiesen ist (Wir-Beziehung/Kommunikation) und zur **Mitbestimmung** aufgefordert ist (Interessenvertretung/Kontrolle). Hieraus ergeben sich die übergeordneten Lernziele des Faches.

3. Übergeordnete Lernziele des Faches

Unter bewußtem Verzicht auf detaillierte Lernziellisten werden dem Lehrplan nur einige (an Hamburg und Nordrhein-Westfalen orientierte) Zielbündel vorgestellt:

3.1. Der Politik-Unterricht soll den Jugendlichen die rationale Orientierung in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umwelt ermöglichen,

- indem er politische Probleme und Konflikte der ökonomischen, sozialen, rechtlichen und staatlichen Ordnung aufgreift,
- indem er sie unter Einbeziehung notwendiger historischer, soziologischer, politologischer, psychologischer, ökonomischer, rechtlicher und wirtschaftsgeographischer Aspekte analysiert und
- indem er die Schüler anregt, zu den Lösungsvorschlägen Stellung zu nehmen, um somit Maßstäbe für die Regelung von Konflikten zu entwickeln.

3.2. Der Politik-Unterricht soll Aufgeschlossenheit und Informationsbedürfnis bewirken gegenüber politischen Problemen und Konflikten auch unter weltpolitischen Fragestellungen und unter Beachtung anderer Gesellschaftsformen.

3.3. Der Politik-Unterricht soll bei den Jugendlichen eine kritische Abschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft und in der Gesellschaft anstreben,

- indem der Planungs- und Handlungsspielraum für die Verwirklichung politischer Alternativen untersucht wird,
- indem Wertvorstellungen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft mit den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates verglichen werden und
- indem die Veränderbarkeit der Gesellschaft aus ihrer Geschichte verdeutlicht wird.

3.4. Der Politik-Unterricht soll bei den Jugendlichen die Fähigkeit zum politischen Urteil entwickeln,,

- indem politisches Handeln aufgrund von Zielvorstellungen der Handelnden, der geltenden Normen und der gegebenen Bedingungen beurteilt wird,
- indem über Normen politischer Systeme reflektiert wird und dabei Normenkonflikte als solche

erkannt und akzeptiert werden,

- indem sozialpsychologische Faktoren der Urteilsbildung und des Verhaltens erkannt werden, und die Fähigkeit und Bereitschaft angestrebt wird, das eigene politische Urteil ständig zu überprüfen.

3.5. Der Politik-Unterricht soll bei den Jugendlichen die **Bereitschaft zu demokratischem Verhalten** fördern,

- indem im Unterricht Verfahrensweisen zur Informationsbeschaffung besonders aus Zeitung, Rundfunk und Fernsehen entwickelt werden,
- indem zielstrebiges Handeln im Rahmen demokratisch legitimierter Regeln im Umgang mit öffentlichen Einrichtungen und politischen Institutionen geübt wird,
- indem es für die Jugendlichen im Unterricht Praxis wird, die eigene Meinung zu artikulieren, auf den anderen zu hören, die Argumente abzuwägen, begründete andere Standpunkte zu tolerieren, sich durchzusetzen, Kompromisse zu akzeptieren, sich an deren Ergebnisse zu halten und sie verantwortlich zu vertreten.

Der Politik-Unterricht erreicht seine Zielsetzung nur, wenn er die Erkenntnis vermittelt, daß politisches Handeln in der Bundesrepublik Deutschland an die **verfassungsmäßige Ordnung** gebunden ist (Grundgesetz; Bremer Landesverfassung). Daraus ergeben sich gleichzeitig eine Begrenzung des Handlungsspielraums und die Freiheitsgarantie der politischen Selbstbestimmung und Legitimation politischen Handelns, z.B. in der Weiterentwicklung des **Sozialstaatsgebotes**.

Das Bundesverfassungsgericht hat die vom Grundgesetz festgelegte freiheitliche demokratische Grundordnung umschrieben:

Sie ist eine Ordnung, „die unter Ausschluß jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem aber vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“ (Urteil des BVerfG vom 23. 10. 1952).

Diese Verfassungsordnung setzt Grenzen, ist aber innerhalb dieser Grenzen nicht restriktiv. Die Bremer Landesverfassung fordert im Art. 26 ausdrücklich eine „Erziehung zum eigenen Denken, zur Achtung vor der Wahrheit, zum Mut, sie zu bekennen und das als richtig und notwendig Erkannte zu tun.“ Diesem Sachverhalt hat der Politik-Unterricht an den Schulen Rechnung zu tragen. Denn für die Jugendlichen lebt der Politik-Unterricht

- von der Freude, Alternativen (einschließlich realer Utopien) zu entwickeln,
- von der Motivation, Ernst und Spiel zu verbinden (Planspiel, Simulation, Rollenspiel als methodischem Ausdruck),
- von einem produktiven Kräfteressen, bei welchem die eigenen Kräfte herausgefordert, aber nicht überfordert werden,
- von der Möglichkeit, Sichtweisen, Werthaltungen, Einstellungen, Überzeugungen, Urteile aufzubauen und sich selber von nicht akzeptierten Prägungen freizumachen,
- und schließlich von der Gewissenhaftigkeit, keine erreichbare Information zur Entwicklung, Erprobung, aber auch Widerlegung neuer politischer Gestaltungen durch Vorurteil von vornherein auszuschließen.

Für die in die Mündigkeit hineinwachsenden Schüler bietet der Politik-Unterricht die letzte Gelegenheit, unter Anleitung und gemeinsam mit anderen systematisch politische Prozesse zu verfolgen, ohne selber schon in komplexeren Situationen in der uneingeschränkten Verantwortung zu stehen. In diesem Stadium sollte man nachdrücklich lernen können, **begründete Standpunkte angstfrei vorzubringen**, d.h. sich selber und die anderen ernst zu nehmen, ohne sich selber und die anderen zu überschätzen.

Wenn dieser hohe Anspruch praktisch eingelöst werden soll, müssen mindestens die folgenden **grundlegenden Fertigkeiten** in konkreten Situationen so genau wie möglich geübt werden, so daß man sie am Ende nicht nur bestätigen kann, sondern auch bestätigen will:

- den politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Teil von Tageszeitungen zu lesen und entsprechende Radio- und Fernsehsendungen zu verfolgen,
- zu einer Sachfrage zusätzliche Informationen zu beschaffen (Bibliothek, Statistik, Handbuch, Landeszentrale für Politische Bildung, Radio-, Fernseh-, Zeitungsredaktionen, Schule, ggf. auch Interview u.ä.),
- aus Bildmaterial Sachinformationen zu entnehmen und Manipulationen zu erkennen,
- Fragwürdiges und Alternatives zu erkennen und den Konfliktgehalt unterschiedlicher Auffassungen zu ermitteln,
- Standpunkte zu vertreten, zu vergleichen und weiterzuverfolgen,
- zu Lösungsvorschlägen Stellung zu nehmen und hierbei Sachwissen aus anderen Bereichen heranzuziehen,
- an einem Gespräch politischen Inhalts (durch Zuhören, Fragen, eigene Beiträge) teilzunehmen, eine Diskussion in den Hauptergebnissen mündlich (ggf. auch schriftlich) festzuhalten,
- an einer Diskussion aktiv teilzunehmen (ggf. auch zu führen) und sich mit vorgetragenen Argumenten kritisch und geschickt auseinanderzusetzen,
- Informationen, Standpunkte, Argumente, Lösungsvorschläge zusammenfassend und wirksam darzustellen (Gespräche, Rede, Referat, Brief, Thesen, auch durch Plakat und Flugblatt u.ä.),
- planvolles Handeln zu organisieren,
- Kritik und Enttäuschungen ohne Resignationen und ohne Aggression auszuhalten (ebenso wie entsprechende Versagens-Wirkungen bei anderen einzusehen — und für beides ein Verhaltens-Instrumentarium aufzubauen).

Außerdem soll im Jugendlichen immer wieder die **Bereitschaft** geweckt werden:

- Entscheidungen zu treffen und zu begründen,
- Konflikte rational zu regeln,
- Macht — auch eigene — kontrollieren zu lassen,
- Kritik und Selbstkritik zu üben,
- Informationen zu kontrollieren,
- eigene Bedürfnisse und Interessen zu vertreten und fremde zu berücksichtigen,
- Situationen zu prüfen und ggf. zu verändern,
- das Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit auszuhalten,
- solidarisch zu handeln, aber auch Widerstand zu leisten,
- Kompromisse zu schließen.

4. Zur didaktischen Konzeption des vorliegenden Planes

Die ausgewiesenen Lernziele sind auf die verschiedenen Bildungsgänge innerhalb der Sekundarstufe II ausgerichtet. Somit eröffnet sich auch an den künftigen Sekundarstufenzentren die Möglichkeit zur Integration beruflicher und studienbezogener Bildung im Fach Politik, soweit dieser Lehrplan auf weitere berufliche Vollzeitschulen ausgedehnt wird.

Wenn Schule auf das Leben vorbereiten soll, muß sie die Schüler dazu qualifizieren, sich in den auf sie zukommenden privaten und öffentlichen Lebenssituationen möglichst autonom und kompetent zu verhalten. Dazu gehört das Aufzeigen der Unterschiede legitimer Entscheidungen im Betrieb und im öffentlichen Leben.

Danach müssen im politischen Unterricht Einstellungen und Verhaltensweisen einzelner und gesellschaftlicher Gruppen in ihrer historischen, sozialen und politischen Dimension untersucht werden. Ausgangspunkte sind zunächst die sozialen und politischen Erfahrungs- und Aktionsräume der Jugendlichen. In diesen werden sie durch den fortschreitenden Wandel der Gesellschaft und der geringer werdenden Transparenz der nationalen und internationalen Zusammenhänge zu zunehmend von der Anonymität der Technokratie und Bürokratie betroffen.

Somit erfordert dieser Wandel eine ständige neue Orientierung und soziale Einordnung des Individuums, weil sonst Verunsicherungen und Frustration entstehen, die sich vielfach in Aggressionen und blindem

Aktionismus oder politischer Abstinenz äußern.

Politischer Unterricht versteht sich als pädagogische Antwort auf gesellschaftliche und politische Herausforderungen — Gefahren und Chancen — unserer Welt.

Der Jugendliche sollte sich nicht darauf beschränken, lediglich auf bestimmte gesellschaftliche und politische Gegebenheiten zu reagieren, wenn Selbstbestimmung des Menschen nicht nur eine Phrase sein soll.

Die Fähigkeit zur **Selbstbestimmung** und **Mitbestimmung** steht im Zentrum des politischen Unterrichts. Beides wird ausgebildet (ausgehend vom Abbau ungleicher Lebenschancen) durch Information, Selbstreflexion, Schulung von Kritik und Urteilskraft sowie über die Bereitschaft zu politischem Handeln.

Dazu ist es erforderlich, unterschiedliche politische Lösungen und aktuelle politische Konflikte auf ihre gesellschaftlichen und historischen Ursachen und Funktionen hin zu befragen. Der Zusammenhang zwischen konkreten sozialen Beziehungen und den Produktionsverhältnissen darf dabei ebensowenig vernachlässigt werden, wie die prägende Kraft der Zugehörigkeit zu sozialen Schichten, die die individuellen Absichten und Anlagen überlagert und vielfach ihre Entfaltung verhindert. Das rationale Austragen von Konflikten setzt die Beschreibung von Alternativen und Lösungsmöglichkeiten voraus. Die unten näher erläuterten Elemente der Politik — Konflikt, Interesse, Macht, Parteinahme, Solidarität — bieten eine Möglichkeit, die subjektiven Erfahrungen und die daraus resultierenden Probleme ständig neu zu strukturieren, einzuordnen und kritisch zu reflektieren:

- Die Demokratie erfordert als anspruchsvolle und stark gefährdete Herrschaftsform eine Analyse der Verhältnisse, demokratische Kontrolle und eine ständige Auseinandersetzung, die ihrerseits auch **Konflikte** hervorrufen wird.
- Konflikte sind aufgrund unterschiedlicher **Interessen** legitim und unvermeidbar. Sie dürfen deshalb nicht als disfunktional oder als pathologische Erscheinung betrachtet werden, dürfen aber auch nicht in diesem Sinne mißbraucht werden.
- Ohne **Macht** ist die Realisierung einer bestimmten Ordnung nicht möglich, Macht kann jedoch mißbraucht werden und muß deshalb unbedingt kontrolliert werden.
- Eine politische Beteiligung, Mitbestimmung und **Parteinahme** ist in enger Verbindung mit den realen Möglichkeiten gemeinsamen Handelns (**Solidarität**) zu sehen.

Gesellschaftlich bedingte Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten haben ihre Ursachen auch in der sozialen Herkunft und in den Produktionsverhältnissen. Erziehung im politischen Unterricht darf nicht an der gesellschaftlichen Realität vorbeisehen.

Es wäre völlig verfehlt, allein anhand einer demokratischen Utopie zum politischen Engagement aufzufordern, ohne Rechenschaft über die relativ eng begrenzten Möglichkeiten des politischen Handelns abzulegen. Gerade diese Möglichkeiten aber sind im Sinne der Grundrechte und im Rahmen der Verfassung mit den Schülern zu erarbeiten, indem Wertvorstellungen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft mit den Zielvorstellungen einer sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie verglichen werden.

5. Der Aufbau des Planes

Inhaltlich ist die Zielsetzung des Faches „Politik“ neun Themenbereichen zugeordnet. Diese sind zur feineren Strukturierung des Unterrichts in Themen unterteilt. Die Themenbereiche sind verbindlich. Sie sind so ausgewählt, daß sie auch späterhin, als Kurse aufgefaßt, in der Sekundarstufe II für die verschiedenen Bildungsgänge gültig sein können. Daher wird auch bewußt die Reihenfolge in der Bearbeitung nicht vorgeschrieben. Allerdings müssen in beispielsweise dreijähriger Ausbildungszeit alle neun Themenbereiche (entsp. in 2jähriger Ausbildungszeit 6 und in 1jähriger Ausbildungszeit 3 Bereiche) behandelt sein. Für die Allgemeine Berufsschule und für Jugendliche ohne Ausbildungsverträge gelten die angegebenen Themenbereiche als Groborientierung.

Solange es noch keine durchgehende Kursorganisation gibt, wird eine Bündelung der Themenbereiche zu Jahresthemen empfohlen:

1. Jahr: Die Stellung des jungen Arbeitnehmers im Arbeits- und Wirtschaftsprozeß
2. Jahr: Interessenvertretung, Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse
3. Jahr: Übergreifende Normen und politische Systeme

Die Auswahl und Reihenfolge der Themenbereiche und Themen im einzelnen bleibt der Fachkonferenz bzw. dem Kollegium unter Berücksichtigung der speziellen Belange der jeweiligen Schülergruppe überlassen. Daneben muß auch Zeit zur freien Disposition zur Verfügung stehen, um sowohl aktuellen Fragestellungen als auch Besonderheiten einzelner beruflicher Schulen gerecht zu werden. In der Regel beschränkt sich die Darstellung bewußt auf den Umfang einer Lehrplanleiste pro Thema.

Die unter „Richtung und Behandlung“ gemachten Aussagen geben Zielrichtung und Schwerpunkt für das jeweilige Thema an. Sie gelten als **verbindlich**, während die Angaben zur detaillierten Umsetzung in die Spalte „Kenntnisse/Fertigkeiten/Verhaltensdispositionen“ den Charakter von Hinweisen haben. Letztere sollen die Auswahl, Abfolgen und Begründungszusammenhänge innerhalb des thematischen Zusammenhangs plausibler machen und Lernkontrollen zielgerichtet vorbereiten. Sie werden entsprechend der konkreten Unterrichtssituation quantitativ unterschiedlich realisiert. Im Rahmen solcher übergreifenden Zielsetzung wird der Lehrer eigene didaktische Entscheidungen treffen.

Die „Begriffe“ sind nicht als lückenlose Vokabelsammlung zu verstehen, sondern als Hilfsmittel, eine sachgerechte Kommunikation im Feld der Politik zu ermöglichen.

Die unter „Lernorganisation“ angegebenen Medien entsprechen u.a. dem Angebot der Landesbildstelle – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sind jeweils auf Aktualität und Eignung zu überprüfen. Das gleiche gilt für die Literaturhinweise, die sich überdies nur auf vereinzelte Anregungen beschränken.

Die Spalte „Ergänzende Arbeitshinweise und Unterrichtsverfahren“ bietet beispielhaft Unterrichtsthemen und -verfahren an. Es empfiehlt sich, hier auch eigene Unterrichtserfahrungen zu notieren.

Das Ergebnis der Arbeit ist durch einen **Leistungsnachweis** abzusichern. Es sind jährlich drei Teilprüfungen für das Fach Politik abzulegen.

Der Katalog „grundlegender Lernziele“, die in jedem Unterricht berücksichtigt werden sollen (vgl. S. 2 der Vorbemerkung) ist aus praktischen Gründen wiederholt auf die Rückseiten der Lehrplanleisten gedruckt.

Es wird auf die verschiedenen Lernziel-Konkretisierungen hingewiesen, die im Anhang als „**Unterrichtspraktischer Teil**“ beigelegt sind. Er ist unverbindlich, doch wird er vielen Lehrkräften eine willkommene Anregung sein. Vorschläge aus der Schulpraxis sind sehr erwünscht, um Erfahrungen nutzbringend anwenden zu können und die Fortführung des Lehrplans kontinuierlich zu gewährleisten.

6. Themenübersicht

1. Der Mensch in der Arbeitswelt

- 1.1 Bedeutung der Arbeit
- 1.2 Berufsausbildung
- 1.3 Erwartung und Interessen
- 1.4 Mobilität

2. Gesellschaftspolitik und Individuum

- 2.1 Individuum und Gruppe
- 2.2 Freizeit
- 2.3 Jugendschutz und Volljährigkeit
- 2.4 Sexualität
- 2.5 Familienpolitik
- 2.6 Soziale Sicherung

3. Markt und Verbraucher

- 3.1 Markt, Preis, Wettbewerb
- 3.2 Verbraucherverhalten
- 3.3 Technischer Fortschritt und Umweltschutz

4. Verteilungsprozesse und Interessen

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmung
- 4.3 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände
- 4.4 Lohnpolitik und Vermögenspolitik
- 4.5 Konjunktur- und Strukturpolitik

5. Meinungs- und Willensbildung

- 5.1 Information und Manipulation
- 5.2 Massenmedien
- 5.3 Parteien und Interessenverbände
- 5.4 Wahlen

6. Politische Entscheidungen

- 6.1 Grundelemente einer Demokratie
- 6.2 Parlament und Regierung
- 6.3 Funktion der Opposition
- 6.4 Selbstverwaltung, Föderalismus, Pluralismus

7. Recht und Politik

- 7.1 Recht als Ordnungsfaktor
- 7.2 Verfassung und Grundrechte
- 7.3 Gerechtigkeit und Rechtssicherheit

8. Politische Leitbilder und Theorien

- 8.1 Ideologie und Wirklichkeit
- 8.2 Konservative Ideen
- 8.3 Liberale Ideen
- 8.4 Sozialistische Ideen
- 8.5 Extremismus und Radikalismus

9. Nationale Interessen und Internationale Politik

- 9.1 Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik
- 9.2 Probleme der Dritten Welt
- 9.3 Internationale Zusammenarbeit
- 9.4 Friedenssicherung

Grundsätze für die einzelne Unterrichtsstunde

Der Jugendliche soll:

- Den politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Reil von Tageszeitungen lesen und entsprechende Radio- und Fernsehsendungen verfolgen können.
- Zu einer Sachfrage zusätzliche Informationen beschaffen können (Bibliothek, Statistik, Handbuch, Landeszentrale für Politische Bildung, Radio-, Fernseh-, Zeitungsredaktionen, Schule, ggf. auch Interview u.ä.).
- Aus Bildmaterial Sachinformationen entnehmen und Manipulationen erkennen können.
- Fragwürdiges und Alternatives erkennen und den Konfliktgehalt unterschiedlicher Auffassungen ermessen können.
- Standpunkte vertreten, vergleichen und weiterverfolgen können.
- Zu Lösungsvorschlägen Stellung nehmen und hierbei Sachwissen aus anderen Bereichen heranziehen können.
- An einem Gespräch politischen Inhalts (durch Zuhören, Fragen, eigene Beiträge) teilnehmen können.
- Eine Diskussion in den Hauptergebnissen mündlich (ggf. auch schriftlich) festhalten können.
- An einer Diskussion aktiv teilnehmen (ggf. auch führen) und sich mit vorgetragenen Argumenten kritisch und geschickt auseinandersetzen können.
- Informationen, Standpunkte, Argumente, Lösungsvorschläge zusammenfassend und wirksam darstellen können (Gespräche, Rede, Referat, Brief, Thesen, auch durch Plakat und Flugblatt u.ä.).
- Planvolles Handeln organisieren können.
- Kritik und Enttäuschung ohne Resignation und ohne Aggression aushalten können (ebenso wie entsprechende Versagens-Wirkungen bei anderen einsehen – und für beides ein Verhaltens-Instrumentarium aufbauen).

– Bereit sein:

- Entscheidungen zu treffen und zu begründen,
- Konflikte rational zu regeln,
- Macht – auch eigene – kontrollieren zu lassen,
- Kritik und Selbstkritik zu üben,
- Informationen zu kontrollieren,
- eigene Bedürfnisse und Interessen zu vertreten und fremde zu berücksichtigen,
- Situationen zu verändern,
- das Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit auszuhalten,
- solidarisch zu handeln, aber auch Widerstand zu leisten,
- Kompromisse zu schließen.

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	1
Politik	1. Der Mensch in der Arbeitswelt	1.1 Bedeutung der Arbeit 1.2 Berufsausbildung 1.3 Erwartung und Interessen 1.4 Mobilität		Berufsschule	GKD (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Bedeutung der Arbeit für den einzelnen und die Gesellschaft	... daß die Arbeit Funktionen hat (u.a. Bestreiten des Lebensunterhalts, Selbstverwirklichung).		Arbeit Beruf Job	Ausbildung und Beruf, Rechte und Pflichten während der Berufsausbildung. Hrsg.: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. 1973 (Enthält die Gesetze BBiG, HwO, JArbSchG)	Themenvorschläge Arbeit – Beruf – Job Worauf ist die unterschiedliche Einschätzung der Männer- und Frauenarbeit zurückzuführen? Was bedeutet die Automation für den Menschen am Arbeitsplatz?
	... daß die Begriffe wie Arbeit, Beruf und Job abhängig vom gesellschaftlichen Wandel sind.				
	... daß die Berufsfreiheit Einschränkungen unterworfen ist.		Berufsfreiheit Art. 12 und Art. 12aGG Berufsbildungsgesetz	Weber-Bitzer: Arbeitsrechts- und Sozialfibel, Köln 1973.	Die Bedeutung der Arbeit in den verschiedenen geschichtlichen Epochen.
	... daß es Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung und Umschulung gibt.				
	... die wichtigsten gesetzlichen und vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen kennen.		HGB Arbeitsförderungs- gesetz	Menschenwürde und Sachzwang in der Arbeitswelt, in: Gegenwartskunde, H. 1/1970.	Die Bedeutung der Arbeit in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen
	... daß Arbeitsteilung Vor- und Nachteile hat (u.a. höhere Produktivität als Möglichkeitsbedingung für höheren Lebensstandard und mehr Freizeit, Entfremdung vom Arbeitsergebnis, einseitige psychische und körperliche Belastung, Leistungsdruck, Disziplinierung).		Akkord Arbeitsteilung Entfremdung Arbeitsvertrag Arbeitsgericht	Krüger, H.: Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, in: Gegenwartskunde H. 4/1972.	Arbeit und Kapital
	... daß Arbeit humanisiert werden kann.			Berufliche Bildung (Leitthema), in: Recht und Gesellschaft, H. 4/1974.	Besuch von Arbeitsgerichten
	... welche Einschätzung die menschliche Arbeit im Rahmen der Produktionsgüter- und Leistungserstellung erfährt.			Jugendliche im Beruf, Hrsg.: Der Senator für Arbeit, 1975, Bremen	
	... daß die menschliche Arbeitskraft unter besonderem gesetzlichen Schutz steht.		Jugendarbeitsschutz- gesetz Mutterschutzgesetz Kündigungsschutz- gesetz Betriebsverfassungs- gesetz Jugendarbeitslosigkeit	Mobilität im Beruf 27 Min. FT 2243	
	... daß der arbeitende Mensch am Arbeitsplatz mitbestimmen kann.			Beruf oder Job; 16 Min, FT 1616	
... daß Arbeitslosigkeit für den Betroffenen viele Probleme mit sich bringt.			Kollege Roboter (Automation), 30 Min. FTX 37 Automation – wohin? 28 Min, FTZ 118 dtv. Beck-Texte Arbeitsgesetze		

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	1
Politik	1. Der Mensch in der Arbeitswelt	1.1 Bedeutung der Arbeit 1.2 <u>Berufsausbildung</u> 1.3 Erwartung und Interessen 1.4 Mobilität		Berufsschule	GDK (POL)	.2

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Persönliche Betroffenheit des jungen Menschen.</p> <p>Problematik des Auszubildenden und seiner individuellen Stellung in der Arbeitswelt.</p>	<p>... daß die eigene Rolle und die eigenen Interessen erkannt und gegen Fremdinteressen abgegrenzt werden müssen.</p> <p>... daß Berufsbildung zur Berufsausübung befähigen, eine möglichst große Mobilität sichern und der Selbstverwirklichung dienen muß.</p> <p>... die gesetzlichen Grundlagen der Berufsausbildung und deren historische Bedingtheit kennenlernen und sich mit der Ausbildungspraxis kritisch auseinandersetzen.</p> <p>... die Betriebsorganisation und die Entscheidungsbefugnisse in seinem Ausbildungsbetrieb durchschauen können.</p> <p>... daß der Betrieb andere Interessen hat: er braucht Nachwuchskräfte für die spezifischen Betriebsaufgaben</p> <p>... daß seine subjektiven Interessen meist vordergründig auf folgende Ziele gerichtet sind: – Teilhaben am Konsum – möglichst befriedigende Ausübung des Berufs – schneller Lehrabschluß – baldige Lösung vom Elternhaus – materielle und idelle Selbständigkeit.</p> <p>... daß sich aus den unterschiedlichen Interessen von Ausbildern und Auszubildenden Konflikte ergeben können.</p> <p>... daß für den Einzelnen die Ausbildung zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse notwendig ist, daß andererseits Unternehmen Ausbildung auch unter kaufmännischen Gesichtspunkten betreiben.</p>		<p>Stufenausbildung Arbeitsteilung Leistung Arbeitshaltung Eignung – Neigung „Lehrlingslohn“ duales Ausbildungssystem Gewerbeaufsicht</p>	<p>Lit. Jahn, K.: Konflikte in der Arbeitswelt, Hirschraaben, 1971</p> <p>Berufsbildungsgesetz, 1969</p> <p>Jugendarbeitsschutzgesetz,</p> <p>Jugendliche im Beruf, Senator für Arbeit, Bremen, 1973</p> <p>AdA. Ausbildung der Ausbilder, Begleitmaterial zum Fernsehkurs</p> <p>AVM. Beruf oder Job, FT 1616,17'</p> <p>Lehrjahre sind keine Herrenjahre, FT 2304, 49'</p> <p>Gewußt wie – gewußt wo (Dokumentarfilm d. Berufsförderungsdienstes d. Bundeswehr), FTS 287, 30'</p> <p>Mobilität im Beruf (Abschlußklassen der Hauptschule) FT 2243,25'</p> <p>Aller Anfang ist schwer (Probezeit im Lehrvertrag), TB 114</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Recht auf Bildung – wirtschaftlicher Zweck des Betriebes:</p> <p>Ausbildung im Handwerk – Ausbildung in der Industrie</p> <p>Ausbildung durch staatliche Institutionen</p> <p>Überwachung der Ausbildung</p> <p>Vergleich der jeweiligen Ausbildungsordnung (Berufsbild, Ausbildungsrahmenplan, betrieblicher Ausbildungsplan, Prüfungsanforderungen) mit der tatsächlichen Ausbildung.</p> <p>Unterrichtsmodelle des Düsseldorfer Vereins für Berufspädagogik/Gruppenunterricht.</p> <p>Rechte und Pflichten in der Ausbildung: Arbeitsschutz und Arbeitsförderung: Jugendarbeitsschutz.</p> <p>Besuch von Arbeitsgerichten</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	1
Politik	1. Der Mensch in der Arbeitswelt	1.1 Bedeutung der Arbeit 1.2 Berufsausbildung <u>1.3 Erwartung und Interessen</u> 1.4 Mobilität		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Sinn und Bedeutung der Solidarisierung.</p> <p>Die unterschiedlichen Erwartungen der an Ausbildung und am Arbeitsverhältnis beteiligten Parteien.</p>	... daß die Vertretung von Interessen grundsätzlich legitim ist, jedoch ihre Grenzen findet, wo die Interessen der Allgemeinheit gefährdet werden.		Legitimität Konflikt Solidarität	<p>Lit. Betriebsverfassungsgesetz (mit Arbeitsgerichts-, Mitbestimmungs- und Tarifgesetz), C.H. Beck, 1973 dtv</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Institutionen zur Durchsetzung von Interessen (Schulsprecher, Betriebsrat, Gewerkschaft, Arbeitsgericht)</p> <p>„ . . . das kann der Lehrling machen!“</p> <p>Streikrecht für Auszubildende? Spontane Streiks – wilde Streiks</p> <hr/> <p>Besuch des Arbeitsgerichts</p>
	... daß der Mensch auch oft gegen seine Interessen handelt, aus Zwang, mangelndem Bewußtsein, Manipulation oder Überzeugung.		Streik	<p>Informationsschriften des DGB und des Arbeitgeberverbandes</p> <p>Jahn, K.: Konflikte in der Arbeitswelt, Hirschgraben, 1971</p>	
	... daß die Interessen des einzelnen Auszubildenden (Lohn, Arbeitszeit, Verhältnis zum Ausbilder) im Grunde die Interessen aller Auszubildenden sind.		Koalitionsverbot Koalitionsrecht	<p>AVM. Der Streik war vorbereitet, FT 2034</p>	
	... daß sich zur Durchsetzung der Gruppeninteressen die Betroffenen solidarisieren, und Arbeitnehmer zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewerkschaften gegründet haben.		Kammern Betriebsrat Jugendvertreter Rolle	<p>Arbeitsbedingungen im Betrieb, FT 2267, 26'</p> <p>Zwischen Wohlstand und Klassenkampf (zum Sein und Bewußtsein junger Arbeiter), FT 2236, 32'</p>	
	... daß in jeder Gesellschaft die Arbeitnehmer ohne ihre Gruppenvertretung nicht in der Lage wären, ihre berechtigten Interessen wahrzunehmen.		Tarifvertrag Arbeitsvertrag Betriebsvereinbarung Arbeitsgericht	<p>Im Betrieb: Gerechter Akkord? FT 2273, 18'</p> <p>. . . aber nicht mit mir! (2 Episoden z. Einordnen i.d. Gesetze des Betriebes), Tb 322, 15'</p> <p>Der Betriebsrat, FTZ 148, 45'</p> <p>Ein Pausenraum, TB 122, 17'</p> <p>TbRS 23 Der Einzelne in der Politik</p> <p>TbRS 29 Betriebsvereinbarung</p>	
	... daß Sprecher von Interessengruppen besonderen Zwängen ausgesetzt sind.				
	... wie die Auszubildenden als Arbeitnehmergruppe durch ihre Gewerkschaft vertreten werden.				

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	1
Politik	1. Der Mensch in der Arbeitswelt	1.1 Bedeutung der Arbeit 1.2 Berufsausbildung 1.3 Erwartung und Interessen 1.4 <u>Mobilität</u>		Berufsschule	GKD (POL)	.4

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Bereitschaft und Fähigkeit zum Erwerb anderer oder erweiterter Qualifikationen.</p> <p>Verringerung von Abhängigkeit im Erwerbsleben.</p>	<p>... daß die Arbeitnehmer, besonders in der Marktwirtschaft, mit konjunkturellen Schwankungen rechnen müssen.</p> <p>... daß strukturelle Änderungen in der Wirtschaft zum Berufswechsel zwingen können.</p> <p>... daß Arbeitgeber durch Änderungen in der Wirtschaft zu materiellen und sozialen Absteigern werden können.</p> <p>... daß die Grundlage für eine berufliche Existenz in einer breit angelegten Berufsausbildung geschaffen werden muß.</p> <p>... daß man sich sichert, indem man sich eine besondere Stellung erarbeitet, die man auch zu verändern und zu wechseln bereit sein muß.</p> <p>... in seiner beruflichen Tätigkeit seine Fähigkeiten mit den Anforderungen kritisch zu vergleichen.</p> <p>... daß es im Interesse des Unternehmers liegt, Arbeitnehmer mit unterschiedlicher Qualifikation zu beschäftigen.</p> <p>... daß zunehmende Spezialisierung zur Kooperation zwingt.</p> <p>... daß gegebenenfalls das Angebot an Fortbildungseinrichtungen verbessert und erweitert werden muß.</p> <p>... daß Weiterbildung als eine ständige Aufforderung an den arbeitenden Menschen zu begreifen ist.</p> <p>... daß berufliche Mobilität die Freizügigkeit des Menschen erhöht.</p> <p>... daß zu häufiger Wechsel des Arbeitsplatzes zu Schwierigkeiten bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen führen kann.</p>		<p>Berufswechsel</p> <p>Spezialisierung</p> <p>Teamarbeit</p> <p>Automation</p> <p>Rationalisierung</p> <p>Strukturwandel</p> <p>Konjunkturschwankung</p> <p>Bildungsurlaub</p>	<p>Lit.</p> <p>Jahn, K.: Konflikte in der Arbeitswelt, Hirschgraben 1971</p> <p>Sonstige:</p> <p>Düsseldorfer Verein für Berufspädagogik: Gruppenunterrichtsmodell: Automation</p> <p>siehe auch 2.2</p> <p>AVM.</p> <p>Kollege Roboter (Zukunftsproblematik, Automation), FTX 37, 50'</p> <p>Menschen in der automatisierten Fertigung, FT 2030, 18'</p> <p>Mobilität im Beruf (s. 1.1)</p> <p>Schneider kämpft um seinen Arbeitsplatz, Tb 322, 15'</p> <p>TbRS 15 Bildungsurlaub</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Mobilität trotz unterschiedlicher Qualifikationsanforderungen der Betriebe?</p> <p>Vorteile und Gefahren der Spezialisierung für die Arbeitnehmer.</p> <p>Berufswahl und Arbeitsplatzgarantie</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	2
Politik	2. Gesellschaftspolitik und Individuum	2.1 Individuum und Gruppe		Berufsschule	GDK (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Die Rolle des jungen Menschen in der Gesellschaft.</p> <p>Die Schule als wichtiger Lebensraum.</p>	<p>... daß Anlage und Umwelteinflüsse den Menschen prägen und e damit seine Position in der Gesellschaft bestimmen.</p> <p>... zwischenmenschliche Bezugsstrukturen wahrnehmen und die Stellung des einzelnen in seiner sozialen Umwelt sehen.</p> <p>... daß der Mensch auf soziale Kontakte angewiesen ist und Bindung sowie Abstand zu anderen Menschen notwendig ist</p> <p>... die Möglichkeiten einer Rollenerfüllung sowie von Rollenkonflikten und ihre Ursachen analysieren, damit er seine Beziehungen zur Umwelt erkennt.</p> <p>... daß die Schule Vorbereiter auf Aufgaben in der Gesellschaft und Vermittler der herrschenden Normen ist.</p> <p>... die besondere Bedeutung der prägenden Umwelteinflüsse in der kindlichen Entwicklung (u.a. Grundvertrauen, Selbstwertgefühl) kennen.</p> <p>... daß veränderte gesellschaftliche Bedingungen sich in einem veränderten Erziehungssystem niederschlagen.</p> <p>... daß die Umstrukturierung des Schulwesens zu einem hohen Maß an individueller Chancengleichheit führen soll.</p>		<p>Gruppe</p> <p>Rolle</p> <p>Konflikt</p> <p>Normen</p> <p>Sanktion</p> <p>Verhaltensmuster</p> <p>Sozialisation</p> <p>Tradition</p> <p>soziale Schichten</p> <p>Pluralismus</p> <p>soziale Werte</p> <p>Status</p> <p>Veranlagung</p> <p>Umwelteinflüsse</p> <p>Prägung</p> <p>Bezugsperson</p> <p>Chancengleichheit</p> <p>schulische</p> <p>Ordnungsmaßnahmen</p>	<p>Lit.</p> <p>Siems: Soziales Lernen (rororo);</p> <p>Tiedke-Witthoff: Wirtschafts- und Gesellschaftslehre (Gehlen);</p> <p>Mausolf-Zens: Handeln in der Gesellschaft (Dähmlow);</p> <p>Grau, H.: Einführung in die Soziologie (Gehlen);</p> <p>G.C. Homans: Theorie der sozialen Gruppe, Westdeutscher Verlag;</p> <p>Dahrendorf: Homo soziologicus</p> <p>Dieckerhoff/Friedrichs/Pyzalla: Mitentscheiden mitverantworten, Stam-Verlag;</p> <p>Ruhloff, Jörg: Ein Schulkonflikt wird durchgespielt, Quelle und Meyer, 1970;</p> <p>Junk/Hagner: Mitbestimmung in der Schule, Europ. Verlagsanstalt;</p> <p>Politische Bildung, Hrsg.: Gagel u.a., Jg. 6, Heft 2;</p> <p>Schule als Feld sozialen Lernens, Klett-Verlag, April 1973;</p> <p>Kuhlmann, Caspar: Schulreform und Gesellschaft, Klett-Verlag, 1970;</p> <p>AVM. FT 456, Platz an der Halde 32; FT 767, Gruppenkonflikte 19'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Schule als Abbild der Gesellschaft</p> <p>Chancengleichheit durch die Gesamtschule?</p> <p>Chancenverteilung durch „Berechtigungsscheine“</p> <p>Soziale Herkunft und Berufserfolg</p> <p>„Hauptsache unsere Kinder lernen was“</p> <p>Die angegebenen Kenntnisse bzw. Erkenntnisse sind vorzugsweise induktiv zu entwickeln. Dabei ist auf viele Beispiele aus dem täglichen Leben hinzuweisen.</p> <p>Sammeln und Auswerten von Pressematerialien über Jugend- und Kinderkriminalität (Lebensläufe von jugendlichen Tätern).</p> <p>Zusammensetzung und Verhalten der Mitarbeiter am Arbeitsplatz (Büro, Werkhalle, Laboratorium); desgleichen Sportgruppe, Familie, Freundeskreis.</p> <p>Die ‚Konflikt‘-Thematik läßt sich durch viele anschauliche Beispiele aus den Bereichen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Generationskonflikt – Erziehungsprobleme – Probleme der Partnerbeziehung <p>sehr gut auf die Erfahrungswelt der Schüler vereinfachen.</p> <p>Sammeln von Sprichwörtern und Redensarten und klären ihrer Bedeutung, z.B.</p> <p>„Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“</p> <p>„Man kann nicht auf allen Hochzeiten tanzen.“</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	2
Politik	2. Gesellschaftspolitik und Individuum	2.2 Freizeit		Berufsschule	GDK (POL)	.2

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Freizeit als Ausgleich der beruflichen Beanspruchung. Bewußtmachung von Zwängen und weitgehende Befreiung von Manipulation in der Freizeit.	<p>... daß das herrschende Leistungsprinzip der freien Entfaltung der Persönlichkeit entgegenstehen kann.</p> <p>... in Freizeitgruppierungen Kommunikation, Einordnung und Selbstbehauptung lernen.</p> <p>... daß die unterschiedlichen Auffassungen über Freizeitverhalten generationsbedingt sein können.</p> <p>... daß viele Menschen während des Urlaubs aus unterschiedlichen Motiven heraus eine andere soziale Rolle spielen.</p> <p>... daß Urlaubserwartung durch Werbung beeinflußt wird.</p> <p>... daß Leistungssport die Fortsetzung des Leistungsprinzips im Freizeitraum ist.</p> <p>... daß Kunstwerke, obwohl bislang nur von einem Bruchteil der Bevölkerung verstanden, als Kunstrichtung einer Gesellschaft angesehen werden.</p> <p>... warum Kunstinstitute wie Theater und Museen durch Steuergelder subventioniert werden, obwohl die Mehrheit der Steuerzahler diese Einrichtungen nicht in Anspruch nimmt.</p> <p>... das Angebot der Vergnügungsindustrie in Bezug auf die eigenen Interessen und Fähigkeiten zu prüfen und sich vor Manipulationen zu schützen.</p> <p>... daß Muße notwendig und ein Weg zur Befreiung von Zwängen ist.</p> <p>... daß Mißbrauch der Freizeit durch „gewerblich“ betriebene Schwarzarbeit zu persönlichen und volkswirtschaftlichen Schäden führen kann.</p>		<p>Kunst Kitsch Subkultur Freizeitverhalten Freizeitkonsum Emanzipation Breitensport Streß Überstunden Drogen</p>	<p>Lit. Bundesurlaubsgesetz Schwarzarbeitergesetz Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit Jugendarbeitsschutzgesetz Wochenschau, 22. Jg. August 1971, Ausg. U Nr. 12, Wochenschau-V. Schwalbach</p> <p>Müller/Nimmermann: In Jugendclubs und Tanzlokalen, Juventa, 1968</p> <p>Wachler, D.: Das verlängerte Wochenende in seinen Wirkungen auf Familie und Haushalt, Schwann-Verlag, 1972</p> <p>Erl, W.: Jugendarbeit im Experiment, Katzmann-Verlag, 1971</p> <p>Drogen: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/71</p> <p>Spiegel, Jg. 25 v. 13.9.71, S. 70-76 Opiumgesetz Arbeitsgruppe d. Stud.-Sem. 1971 Abt. Gewerbelehramt Zusammenfassende Darstellung Wagner, H.: Rauschgift-Drogen, Springer-Verlag, 1970 Franke, M.: Jugend und Drogen, Kohlhammer-Verlag, 1971 Arznei- und Rauschmittelmißbrauch, Hrsg.: Senator f. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Berlin 71 Information zum Drogen-Problem, Hrsg.: Bundesminister für Jugend, Gesundheit, Familie</p> <p>AVM FTX 47 A, SHIT, 45' FT 698, Lonely Boy, 27 min (Starkult)</p>	<p>Themenvorschläge: Leistungssport – Breitensport – „Tribünensport“ Urlaub als Ware Selbstmord am Wochenende Funktion der Kunst in der Gesellschaft Spezifische Formen der Jugendkultur</p> <hr/> <p>Sonstige Material zum Drogenproblem: Hauptstelle f. Suchtgefahren 47 Hamm, Bahnhofstr. 2, und Hauptgesundheitsamt, 28 Bremen, Horner Str. 70, Tel. 4492/5553 Bundesminister für Jugend, Gesundheit, Familie Unterrichtseinheiten zum Drogenproblem Kl. 5–8 (Bonn 1973) Kommission zur Reform der Hess. Bildungspläne Projekt 1: Urlaub, Marburg o.J. (1969)</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	2
Politik	2. Gesellschaft und Individuum	2.3 Jugendschutz und Volljährigkeit		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Die Rechtsstellung des jungen Menschen in ihrer Bedeutung für die Selbständigkeit und Verantwortung des einzelnen.	<p>... daß das Bürgerliche Gesetzbuch die privaten Rechtsverhältnisse der Bürger regelt und daß menschliches Zusammenleben gerechter Regelungen in Form von Gesetzen bedarf.</p> <p>... daß im Rahmen der Rechtsstellung des Menschen Begriffe wie Geschäfts- und Rechtsfähigkeit, Strafmündigkeit und Deliktsfähigkeit, Ehe- und Religionsmündigkeit sowie Eidesfähigkeit abhängig von Alter bzw. Reifegrad sind.</p> <p>... daß die Volljährigkeit konkrete Auswirkungen auf den privaten, beruflichen, schulischen und gesellschaftlichen Bereich hat.</p> <p>... daß, wer Rechte in Anspruch nehmen will, auch über bestimmte Erkenntnisfähigkeiten verfügen muß, so daß mit zunehmendem Alter dem Menschen mehr Rechte zugestanden werden, wobei mit dem Zuwachs an Rechten eine Zunahme an Verantwortung und Pflichten verbunden ist.</p> <p>... daß außer BGB weitere Gesetze die Rechtsstellung des jungen Menschen regeln.</p> <p>... daß der Begriff des „Heranwachsenden“ im Jugendgerichtsgesetz bei der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters beibehalten wurde.</p> <p>... daß die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters tatsächlich der Lebenswirklichkeit entspricht, oder eine Überforderung des jungen Menschen darstellt.</p> <p>... daß Jugendschutz nicht dem Wunsch nach Gängelung der Jugendlichen entspringt, sondern aus der Verantwortlichkeit des Staates für einen möglichst ungestörten Entwicklungsprozeß der Jugendlichen.</p>		<p>Rechtsfähigkeit Geschäftsunfähigkeit volle, beschränkte Geschäftsfähigkeit</p> <p>beschränkte, volle Deliktsfähigkeit</p> <p>BGB</p> <p>Jugendschutzgesetz</p> <p>Betriebsverfassungsgesetz</p> <p>aktives, passives Wahlrecht (BWahlG, BetrVG)</p> <p>Zivilprozeßordnung Jugendgerichtsgesetz</p> <p>Jugendwohlfahrts- Jugendarbeitsschutzgesetz</p> <p>Drogen Genußgifte Jugendalkoholismus Mündigkeit Jugendrecht Jugendkriminalität</p>	<p>Lit. Das Recht in der politischen Bildung, H. 159 der Informationen zur politischen Bildung.</p> <p>Beck-Texte: Jugendrecht dtv Bd. 5008.</p> <p>Wiethölter, R.: Rechtswissenschaft, Fischer-Bücherei Nr. 920, Funk Kolleg Bd. 4</p> <p>Feil, O.: Die Auswirkungen der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf den Unterhalt des Kindes und damit im Zusammenhang stehende Fragen, in: Recht der Jugend und des Bildungswesen, H. 4, 1974.</p> <p>Herabsetzung des Volljährigkeitsalters, in: Zur Sache, H. 3/1974 Hrg.: Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages.</p> <p>Weitere Literaturangaben im Anhang der „Empfehlung zum Rechtsunterricht im Rahmen der politischen Bildung an den berufsbildenden Schulen Bremens“, in: Bremer Schulblatt, Anhang zur Ausgabe 1972/6, S. 45 ff.</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Die Volljährigkeit als Voraussetzung und Grenze der Selbstverwirklichung des jungen Menschen.</p> <p>Schüler untersuchen Geschäftsbedingungen der Kauf- und Versandhäuser unter dem Aspekt, ob die Volljährigkeit tatsächlich praktiziert wird. (Ein Bürge wird verlangt!)</p> <p>Besuch von Gerichten, Teilnahme an Gerichtsverhandlungen.</p> <p>In Gruppenarbeit eine Systematik der Rechte und Pflichten in dem entsprechenden Lebensalter mit Hilfe der Gesetze erstellen lassen</p>

	Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	2
	Politik	2. Gesellschaftspolitik und Individuum	2.4 Sexualität		Berufsschule	GKD (POL)	.4

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Stellung der Sexualität in der Gesellschaft.	<p>... daß unterschiedliche Standpunkte über die Sexualität auch ein Generationsproblem sind.</p> <p>... unterschiedliche sexuelle Erscheinungsformen in der Gesellschaft tolerieren.</p> <p>... die Auswirkungen der freizügiger gehandhabten Sexualität auf die Gesellschaft beurteilen können.</p> <p>... daß die Freizügigkeit bzw. Unterdrückung der Sexualität mit dem jeweiligen politischen und moralischen Selbstverständnis eines Staates im Zusammenhang steht.</p> <p>... daß Sexualität auch die Psyche des Partners einbeziehen muß.</p> <p>... daß Sexualität auch als Lustgewinn zu bejahen ist.</p>		<p>Empfängnisverhütung</p> <p>Pornografie</p> <p>Geschlechtskrankheiten</p> <p>FKK</p> <p>Homosexualität</p> <p>Perversionen</p>	<p>Lit.:</p> <p>Lehrplanentwurf Sexualerziehung Bremen, Sen. f. B.W.u.K., 1972</p> <p>Brocher, T.: Psychosexuelle Grundlagen der Entwicklung, Leske-Verlag, 1971</p> <p>Freitag, W.: Sex-Ehe-Gesellschaft, Herder-Bücherei 392, 1971</p> <p>Faßnacht, D.: Schriftenreihe zur Sexualethik, Diesterweg 1971 a) Sexualität und Politik</p> <p>Hanach, E.W.: Zur Revision des Sexualstrafrechts in der BRD, rororo-Sexologie 8021-8022, 1969</p> <p>Comfort, A.: Der aufgeklärte Eros, rororo 6637, 1968</p> <p>AVM FT 1634, Thema Nr. 1,15'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Ledige Mütter im Urteil der Gesellschaft Pille auf Krankenschein ? Ausweitung der Geschlechtskrankheiten Homosexuelle – Außenseiter der Gesellschaft? Freigabe der Pornografie ? Sexuelle Wunschbilder und Komplexe als Folge der „Aufklärung“.</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	2
Politik	2. Gesellschaftspolitik und Individuum	2.5 Familienpolitik		Berufsschule	GKD (POL)	.5

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Zusammenhänge zwischen dem Wandel der Familien- und Gesellschaftsstrukturen.</p> <p>Rollenexpectationen und Rollenverhalten und ihre Wechselbeziehung zu herrschenden Normen.</p>	... die relative Isolierung der heutigen Familie erkennen und Ursachen nennen können.		Kleinfamilie Kommune	Lit.: Horn, I. u. K.: Familie, Jugend, Gesellschaft, Wochenschau-V., 1970	Themenvorschläge: Familie – Vermittlung von Werten und Verhaltensweisen
	... daß günstige äußere Voraussetzungen einen besseren Start in die Ehe ermöglichen.		Onkelehe Gleichberechtigung	Wachler, D.: Das verlängerte Wochenende in seinen Wirkungen auf Familie und Haushalt, Schwann-Verlag, 1972	Kleinfamilie oder Wohngemeinschaft Familienplanung Eherecht – Kindesrecht Berufstätigkeit der Frau § 218: Selbstbestimmung der Frau – Schutz des werdenden Lebens
	... daß der Bestand einer Ehe gesichert werden kann durch ein ausgewogenes Verhältnis emotionaler Bindungen und rationaler Überlegungen.		Emanzipation Heimerziehung Adoption	Für uns, Hilfen f.d. Familie, Hrg.: Bundesmin. Jugend ...	„Nur ein Mädchen“ Autorität in der Familie
	... daß für Ehe und Familie eine große Zahl von Rechtsbeziehungen, Normen und Werten gelten.		Familienstruktur	Das Parlament, 23. Jg. Nr. 32 vom 11.8.73	
	... die Polarität der persönlichen Freiheit und des staatlichen Eingriffs in die Familiensphäre erkennen.		Mischehen nichteheliche Kinder	Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/65	
	... daß Gleichberechtigung der Geschlechter Chancen und Grenzen hat, sowohl für die Familie als auch für die Wirtschaft.		Zugewinnsgemeinschaft	Mitscherlich, A.: Auf dem Wege zur vaterlosen Gesellschaft, Piper-Verlag, 1963	
	... daß Ganztagschulen, Hausfrauenrenten und andere Veränderungen und Verhältnisse die Rollenverteilung in der Ehe wesentlich beeinflussen können.		Zerrüttungsprinzip	BGB, §§ 1 - 12, §§ 1297 - 1921, §§ 1922 - 2338	
	... gegenüber Autoritätsmißbrauch kritisches Bewußtsein entwickeln und sich in geeigneter Weise behaupten können.		Kindesmißhandlung	Ehegesetz Hausratsverordnung Familienrechtsänderungsgesetz Wohnungskündigungsschutzgesetz Gleichberechtigungsgesetz Sozialgesetze (RVO, BSHG, BK 66)	Tb 197, Das Schlüsselkind, 12 min FT 882, Frühehen, 26 min FT 1283, Vier Familien – eine vergleichende Studie nach Dr. Margret Mead, 44 min Tb 359, Das uneheliche Kind, 10 min Tb 390, Die Scheidung, 14 min
	... daß viele Erziehungsprobleme auf Generationskonflikten und Kompetenzfragen basieren.		Baby-Jahr	Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder Regelunterhaltsverordnung Fischer, Funkkolleg, Päd. Psychologie Dieckerhoff u.a.: Mitentscheiden mitverantworten, Stam-Verlag 1972, Nr. 6.6 - 6.6.3	
	... daß berufliche Belastungen oder Erfolge Rückwirkungen auf das Familienleben haben, aber auch umgekehrt eine Wechselwirkung zwischen Beruf und Familie besteht.			AVM FT 1610, Warum sind sie gegen uns?, 65 min FT Alle Sehnsucht dieser Welt, Dt. Schmalfilm GmbH München 90 min	

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	2
Politik	2. Gesellschaftspolitik und Individuum	2.6 Soziale Sicherung		Berufsschule	GKD (POL)	.6

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Bedeutung der sozialen Sicherung des Menschen als Sicherung für die Wechselfälle des Lebens.	<p>... Sinn, Möglichkeiten und Grenzen individueller Daseinsvorsorge erkennen.</p> <p>... daß in unserer Gesellschaft jeder Anspruch auf soziale Sicherung hat.</p> <p>... Risikoverteilung und Solidarität als die Prinzipien der sozialen Sicherung erkennen.</p> <p>... die jeweiligen Rechte und Pflichten kennen, Rechte und Formvorschriften auslegen.</p> <p>... welche grundsätzlichen Möglichkeiten der sozialen Sicherung bestehen.</p> <p>... daß auch jene Menschen einen Anspruch auf soziale Sicherung in Form der Sozialhilfe haben, die nicht oder nicht ausreichend sozialversichert sind oder nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch eigene bzw. fremde Leistungen zu decken.</p> <p>... die Ziele staatlicher Wohnungspolitik, ihre Bedeutung für den einzelnen, die Familie, den Staat, die Wirtschaft sowie Instrumente der staatlichen Wohnungspolitik kennen.</p> <p>... daß jede Mutter Anspruch auf Schutz und Fürsorge durch die Gemeinschaft hat.</p> <p>... daß der Staat den Bürger vor willkürlichen Entlassungen schützt.</p> <p>... daß der Staat durch Kindergeldzahlung die finanzielle Belastung der Familie mildert.</p> <p>... daß das Bundesausbildungsförderungsgesetz die Chancengerechtigkeit erhöht.</p> <p>... daß Behinderte benachteiligt sind und daß ihre Integration eine Aufgabe aller Bürger ist.</p>	<p>Individualprinzip Solidaritätsprinzip Krankenversicherung Subsidiaritätsprinzip</p> <p>Unfallversicherung, Renten- und Arbeitslosenversicherung Bemessungsgrenze Rentenanpassung flexible Altersgrenze</p> <p>Rehabilitation</p> <p>Berufsgenossenschaft Berufskrankheit Arbeitslosengeld-hilfe Bundessozialhilfegesetz Sozialarbeiter Mieterschutzgesetz Mietzuschuß Mustermietvertrag Kindergeld Sozialgericht</p>	<p>Literatur: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 137/138</p> <p>Ortlieb u.a., Hrsg.: Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik, Bd. 1, S. 165 f, Leske-Verlag, 1969</p> <p>Probleme der Altersversorgung: Unterrichtsbogen zum aktuellen Wirtschaftsgeschehen 2/1974.</p> <p>Dörge, F.W.: Probleme der sozialen Sicherung, in: Gegenwartskunde, H. 2/72.</p> <p>Zur Wohnungspolitik im sozialen Rechtsstaat, zusammengestellt vom Deutschen Mieterbund e.V., Köln.</p> <p>Soziale Sicherung ein ganzes Leben lang; Hrsg.: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung</p> <p>AVM RX 40, Soz. Sicherheit in der BRD, 30B Tb 279, Warum Sozialabgaben? 16 min Tb 364, Ich bin doch versichert, 8 min Tb 129, Der Betriebsunfall.</p>	<p>Staatliche Sozialversicherung oder privates Risiko?</p> <p>Aufgaben der Sozialpolitik im modernen Staat</p> <p>Soziale Frage in der Wohlfahrtsgesellschaft</p> <p>Der ältere Mitarbeiter in der heutigen Leistungsgesellschaft</p> <p>Besprechen eines konkreten Sozialfalles in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt.</p> <p>Besuch einer Verhandlung beim Arbeitsgericht</p> <p>Einladen eines Arbeitsrichters bzw. eines Vertreters der Arbeiterkammer, Angestelltenkammer, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbandes, eines Betriebsrates, der Berufsgenossenschaft, des Arbeitsamtes zum Problemkreis des Kündigungs- und Mutterschutzes der Arbeitsplatzsicherung, Unfallverhütung u.a.</p> <p>Aufstellen eines Einnahme- und Ausgabeplanes einer kinderlosen und einer 4-Kinderfamilie</p> <p>Vergleich der materiellen Situation von Schülern, Auszubildenden und Studenten.</p>	

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	3
Politik	3. Markt und Verbraucher	3.1 Markt, Preis, Wettbewerb		Berufsschule	GKD (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Der Zusammenhang von Angebot, Nachfrage und Preis und deren Abhängigkeit von den Wirtschaftsordnungen.	<p>... am Modell eines Marktes die Preisbildung durch den Mechanismus von Angebot und Nachfrage erklären.</p> <p>... das Marktmodell mit wirklichen Märkten vergleichen und Abweichungen in der Preisbildung erklären.</p> <p>... daß für eine marktwirtschaftliche Ordnung Freiheit der Berufswahl und des Gewerbes, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Konsumfreiheit und Wettbewerbsfreiheit Voraussetzungen sind.</p> <p>... daß wirtschaftliche Macht zur politischen Macht benutzt werden kann.</p> <p>... daß Konzentration, Absprachen, staatliche Eingriffe und internationale Verflechtungen den Wettbewerb einschränken oder ihn ganz aufheben.</p> <p>... daß der Staat durch seine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die soziale Marktwirtschaft ermöglicht.</p> <p>... daß der Preis in einer sozialistischen Planwirtschaft staatlich festgesetzt wird und vielfach von politischen Zielsetzungen abhängig ist.</p> <p>... die Bedeutung der Werbung (Aufgaben, Mißbrauch) in den verschiedenen Wirtschaftsordnungen kennen.</p>		<p>Preis</p> <p>Nachfrage</p> <p>Angebot</p> <p>Markt</p> <p>Kalkulationspreis</p> <p>Selbstkostenpreis</p> <p>Marktgleichgewicht</p> <p>Markttransparenz</p> <p>Oligopol</p> <p>Monopol</p> <p>Wettbewerbsbeschränkung</p> <p>Preisabsprache</p> <p>Konzentration</p> <p>Kartell</p> <p>Konzern</p> <p>Fusion</p> <p>Frühstückskartell</p> <p>Zentralverwaltungs-wirtschaft</p> <p>sozialistische Planwirtschaft</p> <p>Kollektiveigentum</p> <p>Werbung</p> <p>Gewinn</p>	<p>F.W. Dörge: Problem der Preisentwicklung in der Marktwirtschaft, in: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Leske-Verlag.</p> <p>W. Glastätter: Wirtschaftstum und Preisstabilität, in: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift „Parlament“, H. 46-47/1972.</p> <p>Preisbildung – Preisbindung Unterrichtsbogen, Sparkasse, HB Nr. 3, 1970.</p> <p>Preise und Löhne in der Hochkonjunktur, Unterrichtsbogen Sparkasse HB Nr. 5, 1970.</p> <p>J.K. Galbraith: Die moderne Industriegesellschaft, Knauer 1970.</p> <p>F.W. Dörge: Lohn- und Preisstop? in: Gegenwartskunde H. 3/1973.</p> <p>F.W. Dörge: Demokratischer Sozialismus und Marktwirtschaft, in: Gegenwartskunde 4.1/1973.</p> <p>Werbung, Unterrichtsbogen Sparkasse HB Nr. 4, 1970.</p> <p>Scholz, Heinen, Hagemann: Volkswirtschaftslehre, Stam 1974.</p> <p>Information zur politischen Bildung: 1. Die Ordnung in der Wirtschaft, F. 114/1966 2. Die Wettbewerbsordnung in der Bundesrepublik Deutschland, Folge 121/1967</p> <p>AVM Wirtschaft in Ost und West TB 171</p>	<p>Themenvorschläge: Kapitalverflechtungen und wirtschaftliche Macht der Großunternehmen in der BRD.</p> <p>Aktuelle Verstöße von Unternehmungen gegen das Kartell-Gesetz untersuchen und Wirksamkeit des Kartell-Gesetzes diskutieren.</p> <p>Die Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR anhand des GG bzw. der Verfassung der DDR erarbeiten.</p> <p>Das Verhalten multinationaler Konzerne (z.B. Ölversorgung).</p> <p>Preisbeeinflussung durch Steuern, Zölle und Wechselkurse.</p> <p>Marktpreise oder strategische Preise.</p> <p>Auswertung von entsprechenden Themen aus dem Wirtschaftsteil der Tageszeitungen.</p> <p>Preis-Lohn-Spirale oder Lohn-Preis-Spirale?</p> <p>Die Preisfestsetzung in der DDR, dargestellt am Beispiel der Intershopläden (Deviseneinnahmen), Exquisitläden (überhöhte Preise der Güter des gehobenen Bedarfs) und der Preise des notwendigen Bedarfs (Grundnahrungsmittel, Bekleidung usw.).</p> <p>Sammeln von Beispielen aus der Werbung in den verschiedenen Medien (TV, Plakate, Radio usw.) und Untersuchung der Aufgabe des Mißbrauchs.</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	3
Politik	3. Markt und Verbraucher	3.2 Verbraucherverhalten		Berufsschule	GKD (POL)	.2

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Entwicklung eines kritischen Verbraucherbewußtseins.	<p>... daß Werbung versucht, Bedarf zu wecken und zu lenken.</p> <p>... typische Beispiele informativer und suggestiver Werbung unterscheiden können.</p>		<p>Bedürfnisbefriedigung</p> <p>Lebensstandard</p> <p>marktgerechtes Verhalten</p> <p>Konsumverzicht</p>	<p>Literatur:</p> <p>F.W. Dörge, M. Schmidt: Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik „Konsumfreiheit in der Marktwirtschaft“, Kapitel 5, S. 209 f.</p> <p>W. Menge: Der verkaufte Käufer, 1971, Fischerband 1374</p> <p>Dieckerhoff, Friederichs, Pyzalla: Mitentscheiden – mitverantworten, „Konsum- und Freizeitgesellschaft“, Kapitel 6.4, Stam-</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Solidarisierung der Verbraucher – eine Fiktion?</p> <p>Warum sparen?</p> <p>Eingebauter „Kaputteffekt“</p> <p>Werbung für Arzneimittel – eine Gefahr für die Volksgesundheit?</p> <p>Supermarkt als Käuferfalle</p> <p>Wirtschaftswachstum um jeden Preis?</p>
Möglichkeiten einer Solidarisierung der Verbraucher als Gegengewicht zur Macht der Produzenten und des Handels.	<p>... verkaufpsychologische Tricks durchschauen und geplant und gezielt einkaufen können.</p> <p>... daß der Verbraucher durch bewußtes Verhalten politische Maßnahmen hervorrufen kann.</p> <p>... daß unsere Wirtschaft den kurzfristigen Verbrauch von Gütern anstrebt, aber die Verknappung der Rohstoffe diesem Prinzip entgegensteht.</p> <p>... daß Konsumorientierung wirtschaftliche, finanzielle und persönliche Opfer verlangen kann.</p> <p>... soll Werte, Normen, Ideologien, die hinter Konsumentenscheidungen stehen, kritisch einordnen können.</p> <p>... daß seine Bedürfnisse von seinen privaten sozioökonomischen und soziokulturellen Bedingungen abhängen.</p>		<p>Verbraucherzentrale</p> <p>Warentest</p> <p>Unlauterer Wettbewerb</p>	<p>Lehrplan Arbeitslehre Hauptschule Bremen (1972/73)</p> <p>E. Dichter: Strat. i. Bereich der Wünsche</p> <p>AVM</p> <p>FT 2113 Konzentration im Lebensmittelhandel, 29 min</p> <p>TBR 7, Strukturen im Lebensmittelhandel, 15 min</p>	<p>Gruppenarbeit</p> <p>Sammeln und analysieren von Beispielen aus der Werbung in den Bereichen Hörfunk, Zeitschriften, Plakate, Fernsehen usw.</p> <p>Erarbeitung von Kriterien informativer und suggestiver Werbung.</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	3
Politik	3. Markt und Verbraucher	3.3 Technischer Fortschritt und Umweltschutz		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt ermöglicht unseren Wohlstand und erhöht die Überlebenschancen.</p> <p>Technischer Fortschritt ohne Rücksicht auf die Umwelt bedroht den einzelnen und die Gesellschaft.</p> <p>Höhere Lebensqualität ist nur durch Beteiligung aller Gruppen der Gesellschaft an zukunftsweisenden Entscheidungen zu erreichen.</p>	<p>... daß technischer Fortschritt heute ohne Großunternehmen und staatliche Hilfen praktisch nicht möglich ist.</p> <p>... daß es heute so wesentliche — die Gesamtgesellschaft betreffende — Entscheidungen gibt, die nicht von den die wirtschaftliche Macht verkörpernden Minderheiten allein getroffen werden dürfen, sondern von allen Gruppen der Gesellschaft.</p> <p>... daß der Wettbewerb den technischen Fortschritt ohne Rücksicht auf die Umwelt vorangetrieben hat.</p> <p>... daß das ökologische Gleichgewicht bei allen Planungen, Einrichtungen und Vorhaben berücksichtigt werden muß.</p> <p>... daß die Verursacher von Umweltschäden die Folgekosten tragen müssen.</p> <p>... daß technologische Weiterentwicklungen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben.</p> <p>... daß vor dem Einsatz neuentwickelter Produkte diese auf ihre langfristigen Auswirkungen hin untersucht werden.</p>		<p>Rationalisierung Zukunftsforschung</p> <p>Lebensqualität Mülllawine Giftmüll Ökologie Umweltschutzgesetz</p> <p>Energiebilanz Wasserhaushalt Lärmbelästigung Luftverschmutzung</p>	<p>Literatur: Dörge: Analysen: Qualität des Lebens, Leske</p> <p>Gefahren für die Umwelt Unterrichtsbogen Sparkasse HB Nr. 6/70</p> <p>Informationen zur Polit. Bildung Nr. 146, 1971 Umweltgefahren und -schutz</p> <p>AVM FTZ 114 Müssen unsere Städte sterben, 38 min FT 2030 Menschen in der automatisierten Fertigung, 19 min Tb 172 Das Problem der menschl. Umwelt (Tondokument 1951) FTZ 165 Nulltarif FTZ 167 Umweltverschmutzung</p> <p>FTZ 146 Lärm sw, 51 min FT 2265 Das große Gleichgewicht I Wasser f 21 Min FT 2266 Das große Gleichgewicht II, Luft f 22 min FT 2239 Abfall-Schattenseite des Überflusses f 18 min FTX 71 Landschaftsschlußverkauf 44 min TbRX 59 Das gestörte Gleichgewicht, 30 min Filme der Mineralölfirmlen</p> <p>Literatur/Medien/Umweltschutzbericht und Umweltschutzprogramm, Hrsg.: Senator für Gesundheit und Umweltschutz. Lebensqualität? Von der Hoffnung, Mensch zu sein. Verlag Wissenschaft und Politik</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Verpackungen aus Kunststoff — eine Notwendigkeit?</p> <p>Atomkraftwerke an Flüssen — Biologisches Gleichgewicht der Gewässer</p> <p>Sind neue Antriebe für Autos notwendig?</p> <p>Nutzung oder Unterdrückung von Forschungsergebnissen?</p> <p>Wachstum ohne Grenzen?</p> <p>Individualverkehr — öffentlicher Verkehr</p> <p>Die Rohstoffvorräte der Welt</p> <p>Ist Erdöl zu ersetzen?</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	4
Politik	4. Verteilungsprozesse und Interessen	4.1 Einkommensverteilung		Berufsschule	GKD (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Die am Produktionsprozeß Beteiligten haben einen grundsätzlichen Anspruch auf einen Anteil am Volkseinkommen. Die Nichtleistungsfähigen werden aus sozialen Gründen beteiligt. Problematik der Einkommensverteilung.	<p>... daß sich die unterschiedlichen Arten des Einkommens von den Produktionsfaktoren ableiten lassen.</p> <p>... daß die Problematik sich darin äußert, einen Schlüssel für die Verteilung des Gesamteinkommens (Sozialprodukt) auf die einzelnen Produktionsfaktoren zu finden.</p> <p>... daß die Verteilung des Einkommens von der gesellschaftspolitischen Macht verschiedener Interessengruppen abhängig ist.</p> <p>... daß Einkommen aus Arbeit verteilt wird nach Stellung im Arbeitsprozeß und Leistung.</p> <p>... daß der Staat den tatsächlichen Einkommensempfang durch sozialpolitische Maßnahmen beeinflusst.</p> <p>... daß der Staat und die Interessenverbände die Belange der nicht am Produktionsprozeß Beteiligten vertreten.</p>		<p>Umverteilung Neuverteilung</p> <p>Sozialprodukt Einkommen Volkseinkommen</p> <p>Investivlohn</p>	<p>Literatur: Scholz/Heinen/Hagemann: Volkswirtschaftslehre, Stam-V., 1974</p> <p>Störig, H.J.: Wirtschaft als Entscheidungsbereich, Verlag Diesterweg, 4. Aufl., 170</p> <p>Frank, W.: Volkswirtschaft, Merkur-Lehrmittel-Verlag, 36. Aufl. 172</p> <p>Hartmann, G.: Grundlagen der allgemeinen Volkswirtschaft, Merkur-Lehrmittel-Verlag, 2. Auflage 1970</p> <p>Kleine Wirtschaftslehre, Infodienst der Sparkassen und Landesbanken, 8. Auflage, 1973.</p> <p>Tiedtke/Witthoff: Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Verlag Gehlen, 1974</p> <p>Kühn-Büning: Arbeitsbuch Politik, Heckners Verlag o.J.</p> <p>Kracht, G.: Arbeitseinkommen gerecht verteilt? Zum Problem der Einkommensunterschiede bei Arbeitnehmern in der BRD in Gegenwartskunde, 4/1973.</p> <p>AVM: FT 2119 Gerechter Lohn (Einführung in die Lohnfrage)</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Ein neues Bodenrecht! Steuerreform – mehr Steuern zahlen? Kleine Wege zur Vermögensbildung</p> <p>Vergleich des Einkommens verschiedener Berufsgruppen (Maurer, Buchhalter, Arzt, Handwerksmeister, Rentner, Landwirt).</p> <p>Das Leistungsprinzip als Maßstab für die Festsetzung der Lohnhöhe.</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	4
Politik	4. Verteilungsprozesse und Interessen	4.2 Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmung		Berufsschule	GKD (POL)	.2

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Verfügungsgewalt über Produktionsmittel verleiht Macht.</p> <p>Mitbestimmung dient der Kontrolle wirtschaftlicher Macht.</p>	<p>... daß Großunternehmen auf den Märkten und in der Forschung Vorteile haben und durch ihre Macht unkontrollierten Einfluß auf die Politik nehmen können.</p> <p>... daß die Arbeitnehmer von den meisten wirtschaftlichen Machtpositionen ausgeschlossen sind.</p> <p>... daß man unterscheiden soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitbestimmung am Arbeitsplatz – Mitbestimmung im Betrieb – Mitbestimmung im Unternehmen, <p>... daß man unterscheiden soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitbestimmung im sozialen Bereich – Mitbestimmung im technisch-organisatorischen Bereich – Mitbestimmung im wirtschaftlichen Bereich. – Mitbestimmung im personellen Bereich. <p>... daß Mitbestimmung heute Einfluß von Arbeitnehmern auf Wirtschaftsprozesse bedeutet.</p>		<p>Mitbestimmung</p> <p>Montanmodell</p> <p>Grundstoffindustrie</p> <p>Wirtschaftsdemokratie</p> <p>Investition</p> <p>Subvention</p> <p>Kartelle</p> <p>Lobby</p> <p>Betriebsverfassung</p> <p>Aufsichtsrat</p> <p>Wirtschaftsausschuß</p> <p>Betriebsrat</p> <p>Jugendvertretung</p>	<p>Literatur:</p> <p>Ortlieb u.a.: Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik, Bd. 2, S. 257 f, Leske-Verlag, S. 68</p> <p>Dieckerhoff u.a.: Mitentscheiden – mitverantworten, 7.7, Stam-Verlag, 1972</p> <p>O. Nell-Breuning: Mitbestimmung – wer mit wem? Herder 1969</p> <p>U. Apel: Mitbestimmung Nymphenburger Verlagshandlung 1969</p> <p>AVM</p> <p>TbR 2 Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts 17 min, 30 min, 38 Bilder</p> <p>Tb 171 Wirtschaft in Ost und West am Beispiel der Verfügungsgealt über Produktionsmittel</p> <p>Sonstiges</p> <p>Sparkassenverlag Stuttgart</p> <p>Wirtschaftslehre, Hilfen für den Unterricht, IX/6</p> <p>Materialien zum NDR-Schulfernsehen: Was hab ich von der Mitbestimmung? Schroedel-D-S-Verlags-Union</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Ist die Mitbestimmung ein Machtstreben der Gewerkschaften oder eine gesellschaftliche Notwendigkeit?</p> <p>Lohnkampf zwischen Streik und Aussperrung</p> <p>Die Machtsituation am Warenmarkt, Arbeitsmarkt und bei der Gewinnverteilung</p> <p>Die verfassungsrechtlichen Gesichtspunkte (Art. 14 GG) bei der paritätischen Mitbestimmung.</p> <p>Die rechtliche Stellung des Jugendvertreters – eine Lücke im Gesetz?</p> <p>Mitbestimmungsmodelle der Gewerkschaft, der Parteien, der Unternehmer vergleichen</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	4
Politik	4. Verteilungsprozesse und Interessen	4.3 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Politische Ziele und Einflüsse der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.	<p>... daß wesentliche Machtpositionen in der Wirtschaft von den Unternehmern eingenommen werden.</p> <p>... daß ein Gegengewicht durch Solidarisierung der Arbeitnehmer angestrebt wird.</p> <p>... daß die arbeits- und tarifrechtlichen Regelungen Ergebnisse gesellschaftlicher Machtkämpfe und somit veränderbar sind.</p> <p>... Mittel und Wege des Arbeitskampfes kennenlernen.</p> <p>... daß es Gruppen in unserem Staat gibt, denen der Streik als Kampfmaßnahme verwehrt wird.</p> <p>... daß die Gewerkschaften zu einem politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor geworden sind.</p> <p>... die Argumente und Gegenargumente zu Mitbestimmungsfor-derungen und Verteilungsansprüchen kennen und beurteilen.</p> <p>... daß Unternehmerverbände und Gewerkschaften Einfluß auf die Regierungen nehmen.</p>		<p>Mitbestimmung</p> <p>Streik</p> <p>Aussperrung</p> <p>Arbeitskampf</p> <p>Tarifautonomie</p> <p>Industriegesellschaft</p> <p>Tarifpartner</p>	<p>Literatur:</p> <p>Dieckerhoff u.a.: Mitentscheiden – mitverantworten, Stam-Verlag, 1972</p> <p>Informationen zur Politischen Bildung Nr. 145/1971</p> <p>Interessenverbände in der BRD</p> <p>Düsseldorfer Verein</p> <p>Arbeitsmaterialien 4-01; 4-02</p> <p>Interessenverbände</p> <p>Politische Wirkung der Interessenverbände.</p> <p>Unterrichtsmodelle des Düsseldorfer Vereins für Berufspädagogik (Gruppenunterricht), Interessenverbände 4-01, 4-02</p> <p>AVM</p> <p>A. Weber: Unternehmer und Gewerkschaften (Schallplatte)</p> <p>Tb 269 Ein Tag danach – Vier mal 1. Mai, 17 min</p> <p>TvRX 16 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Teil I, bis 1863</p> <p>TbRX 17 wie vor, Teil II, bis 1913</p> <p>TbRx 20, wie vor, Teil III, bis 1949</p> <p>Tb 176 Denkt mal nach, wer Eure Sache vertritt? (Illegale Propaganda im Betrieb)</p> <p>FT 2034 Der Streik war vorbereitet, 28 min</p> <p>FT 2236 Zwischen Wohlstand und Klassenkampf (zum Sein und Bewußtsein junger Arbeiter), 32 min</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Arbeitgeber und Arbeitnehmer – Sozialpartner oder Tarifgegner?</p> <p>Ist die staatliche Zwangsschlichtung eine Lösung im Arbeitskampf?</p> <p>Die politische Macht der Gewerkschaften</p> <p>Betriebsverfassungsgesetz</p> <p>Jugensprecher der Gewerkschaften, evtl. Vertreter junger Unternehmer einladen!</p>

	Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	4
	Politik	4. Verteilungsprozesse und Interessen	4.4 Lohnpolitik und Vermögenspolitik		Berufsschule	GKD (POL)	.4

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Produktivitätszuwachs rechtfertigt Lohn-erhöhung.</p> <p>Lohn- und Vermögenspolitik erstrebt eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens.</p>	<p>... daß Leistung, Gleichheit oder Bedürfnis Maßstäbe sein können, aber ihre Anwendung – auch in Kombinationen – nur eine relative Gerechtigkeit ermöglicht.</p> <p>... daß der Bewertungsmaßstab für den Lohn von den gesellschaftspolitischen Vorstellungen abhängt.</p> <p>... daß darum Löhne und Gehälter durch Verhandlungen der Tarifpartner immer neu ausgehandelt werden.</p> <p>... Begründungen für die Gewerkschaftsforderungen nach Umverteilung des Volkseinkommens und für die Unternehmerförderung nach produktivitäts-orientierter Lohnsteigerung kennen und beurteilen.</p> <p>... die verschiedenen Auslegungen des Begriffes Vermögen kennen, insbesondere Konsum-, Produktions- und Volksvermögen.</p> <p>... daß bei der Entstehung neuer Werte sowohl Kapital als auch Arbeit beteiligt sind, aber der Zuwachs am Produktionsvermögen fast ausschließlich der Kapitalseite zugute kommt.</p> <p>... Maßnahmen zur gerechteren Vermögensbildung kennen und beurteilen.</p> <p>... Möglichkeiten und Grenzen neuer Vorschläge für Vermögensbildung kennen und beurteilen.</p> <p>... daß der einzelne Anteil am Volksvermögen hat.</p> <p>... daß Vermögensverteilung nicht das Problem der Kontrolle wirtschaftlicher Macht löst.</p>	<p>Lohn-Preis- bzw. Preis-Lohn-Spirale gleitende Lohnklausel Investitionslohn Nominallohn Reallohn Öffentliche Hand Arbeitsmarkt Lohnquote</p> <p>Lohnkonflikt Indexfamilie Sozialprodukt Volkseinkommen Investitionen Vermögensbildung der Arbeitnehmer Sozialprodukt Zuwachsrates „Mehrwert“ Kapitalismus Eigentum Risiko Gemeineigentum Sparen Volksaktie</p>	<p>Literatur: Ortlieb u.a.: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bd. I, S. 189 f, Leske-Verlag, 1969</p> <p>Dieckerhoff u.a.: Mitentscheiden – mitverantworten, Stam-Verlag, 1972</p> <p>Ortlieb u.a.: Wirtschaftspolitik und Strukturpolitik, Bd. I, S. 117f, Leske-Verlag, 1969</p> <p>AVM TbR 2 Entstehung und Verwendung d. Soz. Prod., 17'30" 38 B Tb 99 Das erste Geld (Lohn und Lebenshaltung) Tb 272 Stundenlohn: 11 Pfg. (1820-1850), 18' Tb 279 Warum Sozialabgaben? FT 2119 Gerechter Lohn, 13' FT 2273 Im Betrieb: Gerechter Akkord?, 18' FTS 229 Eigentum macht frei, 10' FTS 367 Glück auf Raten (Sparkassenfilm), 23' FT 2029 Kapitalbildung 10' FTX 243 Das neueste aus Schilda (Erziehung zum Sparen)</p> <p>Sonstiges Sparkassen-V., Stuttgart, Wirtschaftslehre, Hilfen für den Unterricht, VIII/5</p> <p>Materialien der Parteien zur Vermögensbildung</p> <p>Informationsmaterial der Banken und Sparkassen</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Gibt es den gerechten Lohn?</p> <p>Treiben die Preise die Löhne oder die Löhne die Preise in die Höhe?</p> <p>Auswirkungen von Lohnkämpfen auf die Gesamtwirtschaft</p> <p>Die Problematik des Investivlohnes</p> <p>Schafft die Vermögenspolitik soziale Gerechtigkeit?</p> <p>Sparen und Geldentwertung</p> <p>Wer ist reich?</p> <p>Modelle zur Vermögensbildung</p> <p>Privater Reichtum – öffentliche Armut</p> <hr/> <p>Rollenspiel entsprechend dem Fischer-Beispiel aus Ortlieb u.a. (siehe Lit.)</p> <p>Vergleich der politischen Willenserklärungen der politischen Parteien untereinander und mit der realen Politik.</p> <p>Rechenbeispiele über Kapitalansammlung bei Ausnutzung aller Möglichkeiten der geförderten Vermögensbildung.</p>	

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	4
Politik	4. Verteilungsprozesse und Interessen	4.5 Konjunktur- und Strukturpolitik		Berufsschule	GKD (POL)	.5

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Haushaltspolitik dient der Durchsetzung der jeweiligen politischen Ziele.</p> <p>Konjunktur- und Strukturpolitik dienen der Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.</p>	<p>... daß der Haushalt nach den politischen Vorentscheidungen aufgeteilt wird.</p> <p>... daß die Verwirklichung von Reformbestrebungen und die Übernahme neuer politischer Aufgaben zu Prioritätsverschiebungen im Haushalt oder zu Steuererhöhungen führt.</p> <p>... Konjunkturverlauf und Möglichkeiten der Konjunkturpolitik kennen.</p> <p>... daß der Haushalt auch als Instrument der Konjunktur- und Strukturpolitik benutzt wird.</p> <p>... Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und Möglichkeiten der Strukturpolitik kennen.</p> <p>... strukturpolitische Maßnahmen auf ihre sozialpolitischen Auswirkungen untersuchen.</p> <p>... daß eine Wechselbeziehung zwischen Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Zahlungsbilanzausgleich besteht.</p> <p>... daß es unmöglich ist, die genannten Ziele der Wirtschaftspolitik gleichzeitig zu erreichen und daß es deshalb zu Zielkonflikten kommt.</p>		<p>Konjunktur Haushalt Währungspolitik Leitwährung Stützungskäufe Zahlungsbilanz Preisstabilität Vollbeschäftigung konzertierte Aktion Infrastruktur Bundesbank Konjunkturzyklus</p> <p>antizyklische Wirtschaftspolitik</p>	<p>Literatur: Ortlieb u.a., Hrsg., Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Leske-Verlag, 1969</p> <p>Ortlieb u.a. Hrsg.: Wirtschaftsordnung und Struktur- politik, Bd. II, Leske-Verlag, 1968</p> <p>AVM R 2005 Öffentlicher Haushalt, 17 B</p> <p>FTZ 124 Ein Schleier aus Geld (Untertitel: D-Mark in Gefahr?), 35'</p> <p>FTZ 57 Gartenzwerge (Wirtschaftswunder)</p> <p>FTZ 120 Der Steuerschraubens- schlüssel, 45'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Stetiges wirtschaftliches Wachstum und konjunkturelle Schwankungen</p> <p>Staatliche Maßnahmen zur Steuerung des Wirtschaftsablaufs</p> <p>Investitionen und Subventionen als Mittel der Strukturpolitik</p> <p>Maßnahmen der Bundesbank zur Steuerung der Konjunktur</p> <hr/> <p>Eingehen auf aktuelle Maßnahmen von Regierung, Bundestag und Bundesbank.</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	5
Politik	5. Meinungs- und Willensbildung	5.1 Information und Manipulation		Berufsschule	GKD (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Information als Voraussetzung für politisches Handeln.</p> <p>Manipulation als Gefahr einseitiger Information.</p>	<p>... daß die verschiedensten Gruppen unserer Gesellschaft unterschiedlich informieren und dadurch die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen suchen.</p> <p>... daß die Informationen Vorurteile abbauen, aber auch verstärken können.</p> <p>... aus einer Vielzahl unterschiedlicher und häufig manipulierter Informationen eine Grundlage für das eigene Urteil gewinnen und befähigt werden, eine eigene Meinung zu vertreten.</p> <p>... daß absolut objektive Informationen kaum möglich sind. Alle Informationen sind u.a. „gefärbt“ durch Aufmachung, Auswahl, Wortwahl, Bildwahl und Interessen der Informanten.</p> <p>... daß öffentlich-rechtliche oder privatwirtschaftlich geführte Organe der Meinungsbildung unterschiedlich informieren.</p> <p>... daß jeder Empfänger von Informationen aufgrund seiner sozialen Herkunft, seiner Interessen und seiner Lernerfahrungen auswählt und verarbeitet.</p> <p>... daß der Austausch von Informationen und Meinungen (Kommunikation) Grundlage jeder politischen Beteiligung ist.</p>		<p>öffentliche Meinung Objektivität Propaganda Suggestion Vorurteile Kommunikation Manipulation</p>	<p>Literatur: Du Mont: Visuelle Kommunikation, Verlag Du Mont, 1971</p> <p>Jaspers: Werden wir richtig informiert? Ehrenwirth Herausgegeben v. Senator f. Bildung, Wissenschaft u. Kunst Bremen 2/1974</p> <p>Ellwein u.a.: Manipulation der Meinungsbildung, Westdeutscher Verlag 1971</p> <p>Zeitschrift Wochenschau April/Mai 1973</p> <p>Fernsehen und Wirklichkeit, Unterrichtsmaterial zu den Rahmenrichtlinien Deutsch, Hess. Kultusminister, 1974 (ohne Text Nr. 3)</p> <p>AVM FTZ 45, Rechte für alle: Die Meinung ist frei, 12'</p> <p>TbR 12, Methoden der Meinungsforschung, 24', 48 Bilder</p> <p>TbS 12, Berlin im Ostschlager, 9'</p> <p>TbX 246, „Meinungsfreiheit“ in der DDR, 13'</p> <p>FTX Ein Film – Drei Texte</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Informationsgrad – Freiheitsgrad des Bürgers</p> <p>Privates Fernsehen?</p> <p>Nachricht – Kommentar</p> <p>Wie werden Zeitungen finanziert?</p> <p>Sind „überparteiliche“ Informationen möglich?</p> <p>Düsseldorfer Verein / Gruppenunterrichtsmodelle „Die Nachricht in der Zeitung“ „Die Meldung in der Zeitung“</p> <p>Kommunikation in der Gesellschaft, Europäische Verlagsanstalt</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	5
Politik	5. Meinungs- und Willensbildung	5.2 Massenmedien		Berufsschule	GKD (POL)	.2

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Informationen werden vor allem durch Massenmedien verbreitet.</p> <p>Konzentration kann Machtmißbrauch beinhalten und erfordert Kontrolle.</p>	<p>... daß der Besitz von Information Macht bedeutet.</p> <p>... daß die Massenmedien folgende politische Aufgaben haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Information – Mitwirkung an der Meinungsbildung – Machtkontrolle und Kritik <p>... daß Massenmedien abhängig sein können (Industrie, Parteien).</p> <p>... wie man Massenmedien für die Bildung der eigenen Meinung durch kritisches Vergleichen nutzen kann.</p> <p>... die unterschiedlichen Organisationsformen der Massenmedien sehen und die Einwirkungsmöglichkeiten auf gesellschaftliche Gruppen erkennen.</p> <p>... daß das Grundgesetz jedem die Freiheit zur Verbreitung seiner Meinung garantiert, daß aber die extensive Wahrnehmung dieser Freiheit durch einzelne die Möglichkeit anderer, sich öffentlich wirksam zu artikulieren und sich zu informieren, bedroht.</p>		<p>Pressefreiheit Informationsfreiheit Propaganda Pressezensur Pressekonzentration</p>	<p>Literatur: Langer-EI Sayed: Frau und Illustrierte im Kapitalismus, Pahl-Rugenstein 1971</p> <p>Müller, Hans-Dieter: Der Springer-Konzern, Piper 1968</p> <p>Pross: Moral der Massenmedien, Kiepenheuer & Witsch 1967</p> <p>Wasem: Presse, Rundfunk, Fernsehen – pädagogisch gesehen, Ernst Reinhard 1969</p> <p>Staatsbürgerkundliche Arbeitsmappe Blatt-Nr. 531 500 531 510 597 010</p> <p>AVM FTZ 51, Rechte für alle. Die Pressefreiheit wird gewährleistet. 15'</p> <p>FT 734, Nachrichten im Fernsehen, 24'</p> <p>FTX 52, Das Inserat, 41'</p> <p>FT 2329, Unterhaltung für Millionen (col), 22'</p> <p>FT 2093, Hitler spricht Wochenschau-Ausschnitte, 20'</p> <p>FT 2178, Wie entsteht der Nachrichtenteil einer Zeitung? 14'</p> <p>Tb 185, Ein Volk, ein Reich, ein Rundfunk, 63'</p> <p>R 260, Herstellung einer Tageszeitung, 19 B.</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Privatsender gleich Piratensender?</p> <p>Wer prägt die öffentliche Meinung?</p> <p>Monopolisierung der Presse</p> <p>Macht durch Informationsvorsprung</p> <p>„Tagesschau“ und „Heute“ (KM/Hessen, Unterrichtsmaterial Deutsch Kl. 7-8, H. 1. Fernsehen, S. 22ff)</p> <p>Düsseldorfer Verein Gruppenunterrichtsmodell Die Nachricht in der Zeitung Die Meldung in der Zeitung</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	5
Politik	5. Meinungs- und Willensbildung	5.3 Parteien- und Interessenverbände		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Parteien als politische Willensträger in einer funktionsfähigen Demokratie.	... daß Parteien und Verbände sehr unterschiedliche Aufgaben haben.		Volkspartei	Literatur: Gagel, W.: Die politischen Parteien in: Zeitschrift „Politische Bildung“, Heft 1/1967, Klett	Themenvorschläge: Imperatives Mandat als Alternative?
	... daß die Strukturmerkmale und Aufgaben der Parteien je nach Herrschaftsform recht unterschiedlich sind.		Parteidisziplin Kandidatenaufstellung	Kaack, H.: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Leske 1971	Mandatsverlust bei Parteienwechsel?
	... daß Parteien in der BRD folgende Hauptaufgaben haben: – Integration unterschiedlicher Interessen – Durchsetzung politischer Vorstellungen – Mobilisierung der Bürger – Nachwuchsförderung für die politische Arbeit – Organisation des Wahlkampfes – Auswahl und Kontrolle von Mitgliedern politischer Organe.		Imperatives Mandat	Winkler, H.-J.: Sicherung der Parteiendemokratie, Leske 1970	Offenlegung der Parteienfinanzierung
	... daß die Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie abhängig ist vom Einsatz und der Zivilcourage der Parteimitglieder und daß ohne solchen Einsatz die Demokratie innerhalb der Partei so wenig verwirklicht werden kann wie in der Gesellschaft.		Mitgliederpartei Wählerpartei Parteiengesetz Mehrparteiensystem	Narr, W.-D.: CDU-SPD – Programm und Praxis seit 1945, 1966	Wahlkampf aus der Steuermasse Kandidatenaufstellung
	... daß im parlamentarischen System die Erringung eines Mandats ohne Hilfe einer Partei kaum möglich ist.		Parteiverbot	Zeuner, B.: Innerparteiliche Demokratie, 1969	Vergleich von Parteiprogrammen
	... daß die Abhängigkeit des Mandatsträgers von seiner Partei und die Forderungen des GG (Art. 38) widersprüchlich sind.		Solidarität	Fromme, F.-K.: Parteienfinanzierung und Bundesverfassungsgericht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 23/1969	Vergleich von Wahlversprechungen, Regierungserklärung und realer Politik
	... daß im parlamentarischen System die Erringung eines Mandats ohne Hilfe einer Partei kaum möglich ist.		Ämterpatronage	Düsseldorfer Verein für Berufspädagogik – Arbeitsmaterial 18 Sammlungen 4-01 bis 4-18 Parteiengesetz	Unterrichtsgespräche mit Parteirepräsentanten
	... daß die Abhängigkeit des Mandatsträgers von seiner Partei und die Forderungen des GG (Art. 38) widersprüchlich sind.		Parteitag		
	... daß die Parteien der BRD ihre Kosten nicht nur aus Mitgliederbeiträgen decken, sondern auch aus staatlichen Zuwendungen und privaten Spenden.		Innerparteiliche Demokratie	AVM FTS 319, Wahl 1965	
	... daß die weitgehende Fremdfinanzierung die Parteiführung in Gefahr bringt, von Geldgebern abhängig zu werden.			Neueste Geschichte in Plakaten 1. R 421, 1914-1925 2. R 422, 1929-1946	
... daß die weitgehende Fremdfinanzierung die Chancengleichheit der kleineren Parteien einschränkt und Neugründungen schwierig macht.			FTX 63, Wähler und Parteien, 715 m		
... daß die Chancen der kleineren Parteien beeinträchtigt werden, weil ihr Anteil an Steuermitteln nach der Zahl ihrer Wähler berechnet wird.			FTZ 122, Ungeliebte Parteien, 46'		
			FT 2169, Arbeit für die Partei (CSU), 24'		
			FT 2209, Arbeit für die Partei (SPD), 20'		
			Tb 2002, Mitarbeit in politischen Parteien, 25'		

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	5
Politik	5. Meinungs- und Willensbildung	5.4 Wahlen		Berufsschule	GKD (POL)	.4

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Wahl als Akt politischer Mitbestimmung</p> <p>Wahlssysteme und ihre politischen Konsequenzen.</p>	<p>... daß durch Wahlen Herrschaft auf Zeit delegiert wird.</p> <p>... daß es der Zweck der Wahlen ist, handlungsfähige demokratische Institutionen zu schaffen.</p> <p>... daß Wahlgesetze und Wahlssysteme das Ergebnis gesellschaftlicher Machtkämpfe sind, daß sie also veränderbar sind, wenn die politischen Machtverhältnisse sich ändern.</p> <p>... daß die Argumente für oder gegen eine Wahlrechtsänderung auf ihre Motive hin untersucht werden müssen.</p> <p>... daß eine Interessenvertretung der Bürger nur über die Bildung von Mehrheiten in Parteien, in Verbänden oder in Initiativgruppen möglich ist.</p> <p>... daß das Wählerverhalten durch soziale Positionen und soziale Rollen bestimmt werden kann.</p> <p>... daß im Wahlkampf Schlagworte und Sympathiewerbung für Personen im Vordergrund stehen, Sachinformationen und Argumente zurücktreten.</p> <p>... daß der Konflikt zwischen Parteienvielfalt und Funktionsfähigkeit der Institutionen durch die 5%-Klausel geregelt wurde.</p> <p>... daß die gegenwärtigen großen Parteien die Interessen möglichst vieler Bürger zu vertreten suchen.</p> <p>... daß Partei-ergreifen muß, wer politisch wirken möchte.</p>	<p>handlungsfähige demokratische Institutionen zu schaffen.</p> <p>gesellschaftlicher Machtkämpfe sind, daß sie also veränderbar sind, wenn die politischen Machtverhältnisse sich ändern.</p> <p>auf ihre Motive hin untersucht werden müssen.</p> <p>von Mehrheiten in Parteien, in Verbänden oder in Initiativgruppen möglich ist.</p> <p>soziale Positionen und soziale Rollen bestimmt werden kann.</p> <p>im Wahlkampf Schlagworte und Sympathiewerbung für Personen im Vordergrund stehen, Sachinformationen und Argumente zurücktreten.</p> <p>Parteienvielfalt und Funktionsfähigkeit der Institutionen durch die 5%-Klausel geregelt wurde.</p> <p>gegenwärtigen großen Parteien die Interessen möglichst vieler Bürger zu vertreten suchen.</p> <p>Partei-ergreifen muß, wer politisch wirken möchte.</p>	<p>Mehrheitswahl Verhältnisswahl Sperrklausel d'Hondt Erststimme Zweitstimme Wahlkreis aktives, passives Wahlrecht Wahlgrundsätze Einheitsliste Listenwahl Legislaturperiode Mandat</p> <p>Persönlichkeitswahl</p> <p>Stichwahl Wechselwähler Hochrechnung „Stimmvieh“</p>	<p>Literatur: Kaack: Wahlkreisgeografie und Kandidatenauslese, Bundeszentrale Nr. 82 Raschke, J.: Wie wählen wir morgen? Bundeszentrale Schmiederer, U.: Wahlen in der BRD, Modelle 1, 1970 Bundeswahlgesetz Informationen zur politischen Bildung Nr. 94 und Nr. 135 Politische Wahlen in der BRD mit Material für Schüler, in: Politische Bildung, Heft 4/1972 Schlag nach – mach mit! B Studienseminar HB 1971</p> <p>AVM R 768, Wahlen RZ 8, Wie der Bundestag gewählt wird FT 859, Wahlkampf-Bundestagswahl 65, 23' FTS 319, Wahl 1965 (Wahlkampf in Neu-Ulm), 80' FT 784, Wahlkampf in den USA (Kennedy), 54' FTZ 62, Rechte für alle: Wahlrecht–Wahlpflicht (1961), 19' FT 2325, Werbung der Parteien im Wahlkampf 1969, 22' TbX 230, Ein Mann fordert freie Wahlen, 12'</p>	<p>Themenvorschläge: Chancengleichheit für Parteien Wahlkampf und Wählerverhalten Wahlssysteme und Wahlkreisgeometrie Wahlrechtsänderung Kandidatenaufstellung</p> <p>Analyse der Slogans, Plakate und Wahlprogramme Mitschnitte aus Rundfunk- und Fernsehen (Parteien sprechen zur Wahl)</p> <hr/> <p>Sonstiges Arbeitsblätter: Dieckerhoff u.a.: Mitentscheiden – Mitverantworten, Stam 1972, S. 45-52 Wahlplakate Stimmzettel (zu erhalten beim Statistischen Landesamt) „Düsseldorfer Verein“ Arbeitsmaterial Themenkreis: Parlament und Regierung als Ort legitimer politischer Entscheidung 5 - 09 bis 5 - 13</p>

	Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	6
	Politik	6. Politische Entscheidungen	6.1 Grundelemente einer Demokratie		Berufsschule	GKD (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Demokratie als eine Organisationsform der Gesellschaft.</p> <p>Demokratie erfordert aktive Teilnahme.</p>	<p>... daß in einer Demokratie die Entscheidungen der Mehrheit auch für die Minderheit verbindlich sind.</p> <p>... daß in einem parlamentarischen System Machtgebrauch, Machtkontrolle und Streben nach Machtwechsel wesentliche legale Bestandteile sind.</p> <p>... daß die Demokratie in der BRD auf den Grundsätzen der Volkssouveränität, der Repräsentation der Gewaltenteilung und der Rechts- und Sozialstaatlichkeit beruht.</p> <p>... daß die parlamentarische Demokratie kein abgeschlossenes Modell ist, sondern den gesellschaftlichen Veränderungen entsprechend, weiterentwickelt werden sollte.</p> <p>... daß plebeszitäre Elemente zur Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie beitragen können.</p> <p>... daß es verfassungsrechtliche Veränderungen gibt (GG. 79.3).</p> <p>... daß die Verfassungsorgane dem GG unterliegen, das nur unter erschwerten Bedingungen geändert werden kann.</p> <p>... daß das Bundesverfassungsgericht als Kontrollinstanz von staatlichen Organen und einzelnen Bürgern angerufen werden kann.</p>	<p>Volk Nation Staat Souveränität Selbstverwaltungsorgane</p> <p>Autonomie Pluralismus Rätedemokratie</p> <p>Bürgerinitiative repräsentative Demokratie</p> <p>Rechtsstaat Sozialstaat</p>	<p>Literatur: Politische Bildung, Heft 3/73, Demokratiethorien, Klett, 1973</p> <p>Laufer, H.: Die demokratische Ordnung, 1970</p> <p>Besson/Jaspers: Das Leitbild der modernen Demokratie, List, 1966</p> <p>Naschold, Fr.: Organisation und Demokratie, Kohlhammer, 1969</p> <p>Fromme, F.K.: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grund- gesetz, 1962</p> <p>Ellwein, Th.: Das Regierung- system der BRD, 3. Aufl., Westdeutscher Verlag, 1972</p> <p>Flach, K.-H.: 1 x 1 der Politik, roro tele, 1970</p> <p>Denninger, E.: Staatsrecht 1, rororo-Studium Nr. 34, 1973</p> <p>AVM Dem Deutschen Volke, FTZ 112, 30'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Föderalismus – Zentralismus</p> <p>Repräsentative Demokratie – direkte Demokratie</p> <p>Parlamentarische und autoritäre Systeme</p> <p>Machtkämpfe der Parteien um die parlamentarische Mehrheit</p> <p>Eine Partei – wenige Parteien – viele Parteien</p> <p>Alle Macht den Räten?</p>	

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	6
Politik	6. Politische Entscheidungen	6.2 Parlament und Regierung		Berufsschule	GKD (POL)	.2

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Politische Entscheidung als durchschaubarer Prozeß.	<p>... inwieweit die Entscheidungen in Parlament und Regierung von der öffentlichen Meinung, vom Einfluß der Interessengruppen und von sachlichen Gegebenheiten abhängen.</p> <p>... daß es zwischen Regierungsfraktion, Regierung und Ministerialbehörden mannigfache Verflechtungen gibt, wodurch die klassische Gewaltenteilung durchbrochen wird.</p> <p>... daß die Mehrzahl der Gesetzesinitiativen von der Regierung ausgeht.</p> <p>... daß außer den Gesetzesinitiatoren, den Fraktionen des Bundestages und dem Bundesrat die Interessenverbände bei der Entstehung eines Gesetzes mitwirken.</p> <p>... daß der umständlich und langwierig erscheinende Gesetzgebungsgang die Mitwirkung der Betroffenen über ihre Interessenvertretungen ermöglicht.</p> <p>... daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt</p> <p>... daß die starke Stellung des Bundeskanzlers auch die Möglichkeit einer Abberufung erforderlich gemacht hat.</p> <p>... daß durch Übernahme neuer Aufgaben durch den Staat die politische Herrschaft zunimmt.</p>		<p>Gewaltenteilung</p> <p>Gewaltkonzentration</p> <p>Lobbyismus</p> <p>Hearing</p> <p>Kanzlerdemokratie</p> <p>Ministerialbürokratie</p> <p>Konstruktives Mißtrauensvotum</p> <p>Staatsoberhaupt</p> <p>Repräsentation</p> <p>Deputation</p> <p>Parlamentsausschuß</p> <p>Koalition</p> <p>Fraktion</p> <p>Vermittlungsausschuß</p>	<p>Literatur:</p> <p>Steffani, W. (Hrsg.): Parlamentarismus ohne Transparenz, Westdeutscher Verlag, 1971</p> <p>Löwenberg, G.: Der Parlamentarismus im politischen System der BRD, Wunderlich, 1969</p> <p>Troßmann, H.: Der deutsche Bundestag, 3. Aufl., Neue Darmstädter, 1963</p> <p>Winkler, H.-J.: Der Bundespräsident, Westdeutscher Verlag, 1972</p> <p>Vonderbeck, H.-J.: Der Bundesrat – ein Teil des Parlaments der BRD, 1969</p> <p>Naschold, F.: Organisation und Demokratie, Kohlhammer, 1969</p> <p>Hereht, M.: Reform des Bundestages, Westdeutscher Verlag, 1971</p> <p>„Düsseldorfer Verein“ Arbeitsmaterial 14 Sammlungen 5-01 bis 5-26 Themenkreis Parlament und Regierung als Ort legitimer politischer Entscheidungen</p> <p>AVM Das neue Haus (staatl. Aufbau), FTZ 55, 11' Die Sitzung ist eröffnet (Entstehung eines Gesetzes) FTZ 13, 36'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Die Rolle der Interessenverbände bei der Gesetzgebung</p> <p>Gefahren durch Ämterhäufung</p> <p>Der Abgeordnete zwischen Fraktionszwang und Gewissensentscheidung</p> <p>Kanzlerdemokratie</p> <p>Regierungsinformationen als Wahlinformationen</p> <p>Ist der Bundespräsident der „erste“ Mann im Staat?</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	6
Politik	6. Politische Entscheidungen	6.3 Funktion der Opposition		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Opposition als notwendiger Bestandteil der Demokratie.	<p>... daß für einen demokratisch regierten Staat das Bestehen einer institutionell gesicherten Opposition eine Grundvoraussetzung ist.</p> <p>... daß ohne Opposition eine Kontrolle der Regierung nicht gewährleistet ist.</p> <p>... daß es ein legitimes Anliegen einer Opposition ist, die Regierungsgewalt anzustreben.</p> <p>... daß außerparlamentarische Opposition an Bedeutung gewinnt, wenn die parlamentarische Opposition schwach ist.</p>		<p>Legalität Legimität Fraktionszwang</p> <p>Fraktionsdisziplin</p> <p>Kontrolle</p> <p>Destruktion</p>	<p>Literatur: Vogt, H.: Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, Westdeutscher Verlag, 1972</p> <p>Steffani, W.: Parlamentarismus ohne Transparenz, Westdeutscher Verlag, 1971</p> <p>AVM Carlo Schmid: Die Rolle der Opposition in der Demokratie, TB 233, 12'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Oppositionsgruppen außerhalb des Parlaments</p> <p>Möglichkeiten der parlamentarischen Opposition</p> <p>Darf es in der Demokratie eine Allparteienregierung geben?</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	6
Politik	6. Politische Entscheidungen	6.4 Selbstverwaltung, Föderalismus, Pluralismus		Berufsschule	GKD (POL)	.4

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Gegenseitige Kontrolle der Verfassungsorgane.</p> <p>Kommunale Selbstverwaltung und Länderhoheit als Gegengewicht zur Bundeskompetenz.</p>	<p>... daß jeder Staat Macht als wesentlichen Faktor besitzen und daß in einem demokratischen Staat die Macht auf verschiedene Träger verteilt werden muß.</p> <p>... daß Machtkonzentration zum Mißbrauch verleiten kann.</p> <p>... daß die Verteilung von Macht und Herrschaft die Kontrolle erleichtert und Mißbrauch erschwert.</p> <p>... daß eine pluralistische Gesellschaft durch eine Vielzahl von politischen Machträgern, politischen Parteien, Interessengruppen, der öffentlichen Meinung und politischen Ideen gekennzeichnet ist.</p> <p>... daß durch divergierende Interessenrichtungen eine gegenseitige Kontrolle stattfinden kann.</p> <p>... daß die Selbstverwaltung der Gemeinden demokratische Mitwirkung und Kontrolle im überschaubaren Rahmen ermöglicht.</p> <p>... daß die Macht der Verwaltung schwer kontrollierbar ist.</p>		<p>Macht</p> <p>Herrschaft</p> <p>Verwaltungsapparat</p> <p>Legitimität</p> <p>Zentralismus</p> <p>kommunale Selbstverwaltung</p> <p>Antagonismus</p> <p>Pluralismus</p> <p>Föderalismus</p> <p>Autonomie</p> <p>Länderhoheit</p>	<p>Literatur:</p> <p>Steffani, W.: Parlamentarismus ohne Transparenz, Westdeutscher Verlag, 1971</p> <p>Grosser, D.: Konzentration ohne Kontrolle. 2. Aufl. Westdeutscher Verlag, 1972</p> <p>Großmann, H.: (Hrsg.) Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung, 1971</p> <p>König, R.: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Rowohlt, 1958</p> <p>AVM Der Bundesrat, FTZ 91, 30'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Die Kontrollmöglichkeiten beim Notstand</p> <p>Die verwaltete Gesellschaft</p> <p>Bundesrat zwischen Kontrolle und Opposition</p> <p>Selbstverwaltung, eine demokratische Spielerei oder politische Notwendigkeit ?</p> <p>Neugliederung des Bundesgebietes. Eine Notwendigkeit?</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	7
Politik	7. Recht und Politik	7.1 Recht als Ordnungsfaktor		Berufsschule	GKD (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Recht regelt gesellschaftliche Prozesse.</p> <p>Es kann sie behindern oder fördern.</p> <p>Rechtsnormen sind für das Zusammenleben unerlässlich.</p>	<p>... daß die Kenntnis und Einhaltung des Rechtes Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie ist.</p> <p>... daß zur Durchsetzung von Recht und Gesetz Macht erforderlich ist.</p> <p>... daß das positive Recht ein Instrument der Herrschaftsausübung und das Ergebnis politischer Kräfteverhältnisse ist.</p> <p>... daß die Gesetzgebung als Regelung des gesellschaftlichen Lebens häufig hinter der Gesellschaft zurückbleibt und der Bürger mitwirken muß, den Abstand so klein wie möglich zu halten.</p> <p>... daß Recht als Mittel zur Entwicklung und Regulierung gesellschaftlicher Prozesse notwendig ist.</p> <p>... daß Recht historisch entwickelt und bedingt ist.</p> <p>... daß die Diskussion der jeweils anliegenden Gesetzentwürfe aktive Beteiligung der Bürger erfordert.</p> <p>... daß eine Spannung zwischen Freiheit und Ordnung besteht.</p> <p>... daß Unsicherheit und Unerfahrenheit nicht dazu führen dürfen, auf sein Recht zu verzichten.</p> <p>... daß Rechtsauskunft und -beratung durch öffentliche Beratungsstellen der Verbände und Kammern sowie durch Rechtsanwälte eingeholt werden können (teilweise kostenlos).</p>		<p>Rechtsperson juristische und natürliche Person</p> <p>öffentliches Recht</p> <p>Strafrecht</p> <p>Privatrecht</p> <p>Verwaltungsrecht</p> <p>ordentliche und freiwillige Gerichtsbarkeit</p> <p>Gewohnheitsrecht</p> <p>positives Recht „Richterrecht“</p>	<p>Literatur: BGB, StGB, Jugendgerichtsgesetz Wochenschau, 22. Jg. Jun/71, Ausg. U, Nr. 10, 21. Jg. Jul/70 Ausg. O, Nr. 11/12 Wochenschau-Verlag, Schwalbach</p> <p>Recht und Gesellschaft Zeitschrift f. Rechtskunde, 1. Jg. ab 1971, Beck-Verlag</p> <p>Information zur politischen Bildung 152/72 Bundeszentrale</p> <p>Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage) 38/71</p> <p>Domcke, H.: Die Rechtsordnung, Olzog-Verlag, 1965</p> <p>Staff, I.: Rechtskunde für junge Menschen, Diesterweg, 1970</p> <p>Perl/Pösch/Klein: Rechtslehre für Berufsfachschulen, Gehlen, 6. Aufl.</p> <p>Bender, G.: Probleme des Rechts- denkens, Diesterweg, 1969</p> <p>AVM Tb 196, Vor dem Jugendrichter, 31' TbX 259, Der Fall Schlimm (Jugendgericht), 19' Medienpaket: Zivilrecht Tb 329, Der hat gegessen, 23' FT 1555, Kinder als Zeugen (Jugendschutz-Kammer), 25' Tb 390, Die Scheidung, 14' Tb 148, Das Testament, 13' Tb 131, Die Adoption, 18'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Naturrecht und geschriebenes Recht</p> <p>Elterliche Fürsorge und elterliche Gewalt</p> <p>Wird der Jugendliche durch das Jugendrecht bevormundet oder bevorzugt?</p> <p>„Politische Auseinandersetzung als Kampf um den Gesetzgeber“.</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	7
Politik	7. Recht und Politik	7.2 Verfassung und Grundgesetz		Berufsschule	GKD (POL)	.2

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Recht als politische Kategorie.</p> <p>Die Verfassung schützt den Bürger vor Willkür und legt die Ordnungsgrundlage für unser Staatswesen.</p> <p>Der Bestand unserer demokratischen rechts- und sozialstaatlichen Ordnung hängt vom Rechts- und Verantwortungsbeußtsein aller Bürger für die Gesellschaft ab.</p>	<p>... daß die Rechtsprechung die 3. Gewalt im Staate darstellt.</p> <p>... daß das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit mit dem der Sozialstaatlichkeit in Konflikte geraten kann.</p> <p>... daß unsere Grundrechte aus den allgemeinen Menschenrechten abgeleitet sind.</p> <p>... daß die Grundrechte alle „Gewalten“ binden.</p> <p>... daß alle Bürger darüber wachen müssen, daß die Verfassung und die Grundrechte nicht verletzt werden dürfen.</p>	<p>Menschenwürde</p> <p>UN-Charta</p> <p>Freiheitsrechte</p> <p>Gleichheitsrechte</p> <p>soziale Grundrechte</p> <p>Unverletzlichkeitsrechte</p> <p>Bürgerrechte</p> <p>Notstandsrecht</p> <p>Legalität</p> <p>Legitimität</p> <p>Bundesverfassungsgericht</p> <p>Asylrecht</p> <p>Rechtsstaatlichkeit</p> <p>Sozialstaatlichkeit</p> <p>Europäische Sozialcharta</p>	<p>Literatur: GG, Menschenrechtskonvention Bundesverfassungsgerichtsgesetz</p> <p>Information zur politischen Bildung 153/73 Bundeszentrale Wochenschau, 21. Jg., Jul/70 Ausg. 0 Nr. 11/12, Wochenschau-Verlag</p> <p>Heyde, W.: Die Rechtspflege in der BRD, Bundeszentrale 79/1969</p> <p>Binder, G.: Grundwissen Grundgesetz, Stuttgart 1974</p> <p>AVM FT 587 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, 14' TB 55 u. TbX 43 Die Freiheit der Person ist unverletzlich, 29'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Garantieren die Grundrechte allein Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit?</p> <p>Verfassungsnorm – Verfassungswirklichkeit</p>	

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	7
Politik	7. Recht und Politik	7.3 Gerechtigkeit und Rechtssicherheit		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Unterschiedliche Auffassungen über Gerechtigkeit als Ausdruck unterschiedlicher Wertvorstellungen in der Gesellschaft.	... daß eine „Reglementierung“ unseres Lebens aus Gründen der Rechtssicherheit notwendig ist.		Rechtssicherheit	Literatur: BGB, StGB, ZPO, StPO, Gerichtsverfassungsgesetz Recht und Gesellschaft, Zeitschrift f. Rechtskunde, 1. Jg. ab 1971, Beck-Verlag Wirtschaft und Recht (Beilage GEW) 8/1970 Mickel, W.: Recht und Gerechtigkeit (Texte), Hirschgraben 1965 Heyde, W.: Die Rechtspflege in der BRD, Bundeszentrale 79/1969 AVM: FTZ 87, Die Geschworenen, 116' Tb 110 Nach bestem Wissen und Gewissen (Schöffren), 31' FT 483, Im Namen des Volkes (Schöffengericht), 25' FT 1603, Weg in die Freiheit Medienpaket: „Zivilrecht“ FTX 25, Incident Tb/CTb 288, Der hat gesessen TV-Reihe: Wir und die anderen FT You are no good ...	Themenvorschläge: Strafe und Resozialisierung „Im Zweifelsfalle für den Angeklagten“ Ursachen der Jugendkriminalität Faktoren, die zu Jugendkriminalität führen können
	... daß zuviel gesetzliche Regelungen und Gesetzesänderungen einerseits dem Grundsatz der Rechtssicherheit schaden, andererseits das gesellschaftliche Leben in seiner hohen Komplexität immer mehr Rechtsnormen ändert und neu schafft, mit denen sich der Mensch auseinandersetzen muß.		Strafe – Schuld		
	... daß das Recht überholte Verhältnisse nicht stabilisieren soll.		Fahrlässigkeit		
	... daß Gerechtigkeit eine Forderung darstellt, die kaum erreicht werden kann, aber die Rechtsprechung sich darum bemühen muß.		Vorsatz Sozialisation		
	... daß die Gleichheit vor dem Gesetz (formal) gewährleistet ist, in der Praxis der Rechtsprechung aber nicht immer erreicht werden kann.		Resozialisierung		
	... daß auch der Staat dem gleichen Recht wie seine Bürger unterliegt (Ausnahmen).		Jugendrecht		
	... daß das Jugendstrafrecht und der Jugendstrafvollzug in besonderem Maße den Auftrag zur (Re-)Sozialisierung haben.		Strafvollzug		
	... daß die hohen Rückfallquoten zur Entwicklung von Alternativen im Strafvollzug zwingen.		Jugendstrafvollzug		
	... daß die Gesellschaft die soziale und politische Aufgabe hat, Straftaten zu verhindern.		Befangenheit		
	... daß Ursachen von Kriminalität erkennen und ihre vorbeugende Bekämpfung unterstützen.		Geschäftsfähigkeit		
		Deliktstfähigkeit			
		Mündigkeit			
		Rechtsbeistand			
		Kriminalität			
		Schweigepflicht			
		Bewährungshelfer			

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	8
Politik	8. Politische Leitbilder und Theorien	8.1 Ideologie und Wirklichkeit		Berufsschule	GKD (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Rationale Orientierung in der Gesellschaft erfordert die Hinterfragung von Ideologien.</p> <p>Ideologie als Mittel zum Aufbau und zum Abbau von Herrschaft.</p>	<p>... daß das Verhalten der Eigengruppe wie das von Fremdgruppen wesentlich von Ideologien bestimmt ist.</p> <p>... kritische Distanz zu seiner eigenen ideologischen Situation gewinnen.</p> <p>... daß hinter einer Ideologie Herrschaftsansprüche bestimmter Gruppen stehen, die infrage gestellt werden müssen.</p> <p>... ob sich bei dem Versuch, Herrschaft abzubauen, neue Herrschaft aufbaut.</p> <p>... daß die jeweils herrschenden Gruppen ihre Ideologien allen Mitgliedern einer Gesellschaft als Wahrheit darstellen.</p> <p>... daß sich bei der Lösung politischer Konflikte auch hinter Sachlichkeit und angeblichem Verzicht auf Wertvorstellungen und Normen Ideologien verbergen.</p> <p>... daß alle Ideen in der Geschichte sich gegenseitig beeinflusst haben, und Elemente von ihnen in den jeweiligen Denkrichtungen zu finden sind.</p>		<p>Ideologie Ideologiekritik Norm Wertvorstellung Fremdbestimmung</p> <p>reaktionär revolutionär</p> <p>radikal konservativ Weltanschauung Utopie Aufklärung Ideale</p>	<p>Literatur: Nigel, H.: Die Ideologie in der Gesellschaft, C.H. Beck Verlag, 1970.</p> <p>Drechsel u.a.: Gesellschaft und Staat, Lexikon der Politik, Signal-Verlag</p> <p>AVM: Der Sack? Abraham (Ein Versuch) FT 153</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Ideologie auf Wahlplakaten</p> <p>Wertneutrale Fachleute?</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	8
Politik	8. Politische Leitbilder und Theorien	8.2 Konservative Ideen		Berufsschule	GKD (POL)	.2

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Einfluß konservativer Ideen auf die politische Wirklichkeit.	<p>... daß die Furcht vor Unbekanntem und soziale Angst ein Festhalten an Ordnungs- und Wiederholungstendenzen bewirkt.</p> <p>... daß zu den Grundlagen des Konservatismus die Besinnung auf den Urbestand menschlicher Überlieferung gehört wie Familie, Sprache und Heimat.</p> <p>... daß Ordnung, Autorität und Disziplin Bestandteile konservativer Grundhaltung sind.</p> <p>... daß der Mensch als ein von Natur begrenztes und unvollkommenes Wesen anzusehen ist, dem Bindung und Halt in Institutionen gegeben werden muß.</p> <p>... daß der Mensch zu schützen ist vor einer totalen Bürokratie und der Zerstörungskraft moderner Gesellschaften.</p> <p>... daß der Konservatismus häufig als ein Aufrechterhalten von Privilegien betrachtet wird.</p> <p>... daß Veränderungen die Kontinuität der Gesamtentwicklung nicht aufheben dürfen.</p> <p>... daß eine konservative Grundhaltung Bewährtes bewahren will und überzogene Veränderungen ablehnt.</p>		<p>Tradition</p> <p>Moral</p> <p>Ordnung</p> <p>Opfer</p> <p>Revolution</p> <p>Honoratioren</p> <p>Privilegien</p>	<p>Literatur:</p> <p>Hätlich, M.: Individuum und Gesellschaft im Konservatismus, 1971</p> <p>Kaltenbrunner, G.H.: (Hrsg.) Rekonstruktion des Konservatismus, 1972</p> <p>Grebing, H.: Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik, 1971</p> <p>Greifenhagen, M.: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, 1971</p> <p>Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 42/1974 Nr. 4/1974 Nr. 30/1970</p> <p>AVM: Landesbildstelle</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Die Familie als Bewahrerin von Sitte und Ordnung.</p> <p>Sind Institutionen immer konservativ?</p> <p>Ist Herrschaft immer konservativ?</p>

	Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	8
	Politik	8. Politische Leitbilder und Theorien	8.3 Liberale Ideen		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Einfluß liberaler Ideen auf die politische Wirklichkeit	<p>... daß der sich selbst regulierende und zur Harmonie führende freie Wettbewerb der Meinungen als das Grundprinzip des Liberalismus gelten kann, das sowohl in politischen als auch in wirtschaftlichen und religiösen Bereichen seinen Niederschlag gefunden hat.</p> <p>... daß sich aus dem liberalen Gedankengut die Gewaltenteilung sowie die Bürger- und die Menschenrechte entwickelten.</p> <p>... daß nach den Vorstellungen des Liberalismus das Individuum die Grenzen der persönlichen Freiheit nur in den gleichen Grundrechten der anderen Menschen findet.</p> <p>... daß die Struktur unseres Staates und auch die Programme der im Bundestag vertretenen Parteien wesentlich von liberalen Ideen beeinflußt sind.</p> <p>... daß der Liberalismus in der Wirtschaft die Chancengleichheit beeinträchtigen und dadurch wirtschaftlich schwache Gruppen in ihrer Entfaltung behindern kann.</p> <p>... daß durch die Überschätzung des freien Spiels der Kräfte und der Rechtsgarantien Entwicklungen eintraten, die zur Sicherung der Freiheit das Eingreifen des Staates erforderlich machten.</p>		<p>Kapitalismus</p> <p>Wirtschaftsliberalismus</p> <p>industrielle Revolution</p> <p>soziale Frage</p>	<p>Literatur: Kühnl, R.: Formen bürgerlicher Herrschaft, rororo aktuell 1342, 1971</p> <p>Flechtheim, O.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Berlin 1963</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Grenzen zwischen Recht auf Eigentum und dessen Nutzung zum Wohle der Allgemeinheit</p> <p>Arm und reich als Folge von uneingeschränktem wirtschaftlichen Liberalismus</p> <p>Kompromiß zwischen Liberalismus und Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft – ein Widerspruch?</p> <p>Freiheit – soziale Sicherheit</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	8
Politik	8. Politische Leitbilder und Theorien	8,4 Sozialistische Ideen		Berufsschule	GKD (POL)	.4

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Einfluß sozialistischer Ideen auf die politische Wirklichkeit.	<p>... daß die Ziele des Sozialismus folgende Punkte umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Schaffung einer Gesellschaftsstruktur mit beschränktem oder ohne privates Eigentum an den Produktionsmitteln und damit Überwindung des Kapitalismus — den Arbeitnehmer wirtschaftlich und politisch abzusichern <p>... daß es unterschiedliche Richtungen gibt, die sich in Ziel und Methode unterscheiden.</p> <p>... daß zwei Hauptrichtungen entstanden sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> — der revolutionäre Sozialismus, der das Ziel der Abschaffung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln mit revolutionären Mitteln erreichen will, — der demokratische Sozialismus, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht ganz einschränken will, sondern den Kapitalismus nur korrigieren und den Arbeitnehmer in die neue Gesellschaft integrieren will, wobei er sich als Methode der parlamentarischen Mehrheit bedienen will, <p>... daß es Auffassungen gibt, die den Sozialismus als Übergangsform zur Verwirklichung des Kommunismus betrachten.</p>		<p>Marxismus Kommunismus Maoismus Revolution</p> <p>Evolution</p> <p>Konvergenztheorie</p> <p>soziale Frage</p> <p>Proletariat</p>	<p>Literatur: Glötz, P.: Demokratischer Sozialismus, in: Politik und Zeitgeschichte, 23/1973</p> <p>Hoffacker, H.: Theorien des Sozialismus, Diesterweg, 1973</p> <p>Flechtheim, O.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Berlin 1963</p> <p>Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 28/1966 Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Westdeutscher Verlag, Opladen,</p> <p>Drechsel u.a.: Lexikon der Politik, Signal-Verlag</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Widersprüche des Marxismus</p> <p>Sozialisierung oder Privateigentum an Produktionsmitteln?</p> <p>Lösungsvorschläge zur Erreichung der Ziele des Sozialismus</p> <p>Diktatur des Proletariats</p> <p>Demokratischer Sozialismus</p> <p>Ist der Kommunismus eine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland?</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	8
Politik	8. Politische Leitbilder und Theorien	8.5 Extremistische Ideen		Berufsschule	GKD (POL)	.5

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Radikalismus, Extremismus und die Verteidigung der Demokratie.	<p>... daß es zum Selbstverständnis der Demokratie gehört, sich gegen Extremismus von rechts und links entschlossen zu verteidigen.</p> <p>... daß extrem in der Handlung politischer Praxis ist, was nicht durch die Verfassung gedeckt ist.</p> <p>... daß die herrschenden Gruppen, die ihre Politik mit dem Gemeinwohl identifizieren, in ihren politischen Gegnern, die einen anderen Staat und eine andere Gesellschaft gestalten wollen, Extremisten sehen.</p> <p>... daß Extremisten ohne Rücksicht auf die Verfassung die Gesellschaft und den Charakter ihrer Herrschaft verändern wollen.</p> <p>... daß es seit der demokratisch-pluralistischen Ordnung von Weimar einen Extremismus von rechts gibt, der die pluralistische Machtverteilung zugunsten einer hierarchisch-autoritären Herrschaftsform rückgängig machen will.</p> <p>... daß die Verteidigung der Prinzipien der bestehenden Ordnung durch die staatstragenden Gruppen nicht immer Maßstab für die Qualität dieser Ordnung ist (3. Reich usw.).</p> <p>... Radikalismus – wie die Geschichte lehrt – nicht von vornherein schlecht ist, daß es im Gegenteil die politische Funktion des Radikalismus ist, das bestehende System kritisch in Frage zu stellen.</p> <p>... daß Radikalismus aber zwangsläufig immer ein monokausales Denken zugrunde liegt.</p> <p>... daß bei Radikalen, Extremisten und Ideologen stets die Werte, Ziele und Methoden genau geprüft werden müssen, mit denen sie antreten.</p> <p>... daß Feinde der demokratisch-pluralistischen Grundordnung zu erkennen sind in ihrem antidemokratischen extremen Verhältnis zu den Verfassungsgrundsätzen und</p> <p>... daß die Extremisten unsere freiheitlich-soziale Demokratie und rechtsstaatliche Grundordnung bekämpfen und sie ggf. mit Gewalt abschaffen wollen.</p>	<p>Radikale Extremisten herrschende Gruppe Monarchie Demokratie Pluralismus autoritär freiheitlich staatstragend ständisch Grundordnung Verfassungsgrundsätze Linke – Rechte</p>	<p>Literatur: Nolte, E.: Die faschistische Weltgeschichte des 20. Jahrh., Bd. 4</p> <p>Broszat, M.: Der Staat Hitlers, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 9</p> <p>Mann, Golo: Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Untersuchen und diskutieren von Plakaten verschiedener Richtungen; Untersuchung der Programme extremistischer Gruppen unter bestimmten Fragestellungen und Vergleiche mit den Programmen demokratischer Parteien; Aufzählen der Gruppen der extremen Linken und Versuch der Darstellung ihrer Agitation.</p>	

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	8
Politik	8. Politische Leitbilder und Theorien	8.5 Extremistische Ideen		Berufsschule	GKD (POL)	.5

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Einfluß nationalsozialistischer und anderer extremistischer Ideen auf die politische Wirklichkeit.	<p>... daß der Nationalsozialismus als rechtsextremistische und antidemokratische Gegenbewegung gegen die freiheitlich demokratische Ordnung in der Weimarer Republik entstand.</p> <p>... daß der Nationalsozialismus erfolgreich sein konnte, weil Obrigkeitenglaube, Untertanengeist und autoritäre Denkweise vorherrschten.</p> <p>... daß die nationalsozialistische Herrschaftsform gekennzeichnet war durch</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bekämpfen von parlamentarischer Demokratie und Gewaltenteilung, – militante Machtdemonstrationen, Einschüchterungen und Gewaltmaßnahmen, – Verherrlichung von Führerprinzip, totaler Gefolgschaftstreue und hierarchischer Ordnung, – Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit, – Identifikation von NSDAP und Staat, – eine NS-Ideologie, die Judenverfolgung, Rassismus und imperialistische Ausdehnungspolitik zum Ziel hatte. <p>... woran man faschistoide Ideen erkennen kann.</p> <p>... daß es rechtsextremistische Gruppierungen bis heute gibt und diese Zuspruch erfahren, wenn wirtschaftliche und/oder politische Krisenstimmung unter der Bevölkerung herrschen.</p> <p>... daß im wesentlichen Extremismus von links gekennzeichnet ist durch</p> <ul style="list-style-type: none"> – seinen ideellen Ansatz (Franz. Rev.) – seine Durchsetzungsmethoden, – seine Realitätsferne und seinen Utopismus, – seinen absoluten Wahrheitsanspruch. <p>... Grundzüge der kommunistischen Idee kennen und gegenwärtige Gruppierungen.</p> <p>... daß Extremismus dazu herausfordern kann, den eigenen politischen Standort kritisch zu überprüfen.</p>	<p>totalitär</p> <p>SRP</p> <p>NPD</p> <p>Parteienverbot</p> <p>Ideologie</p> <p>Kapitalismus</p> <p>Sozialismus</p> <p>Kommunismus</p> <p>Arbeiterklasse</p> <p>Evolution</p> <p>Revolution</p> <p>Massenbasis</p> <p>MaOismus</p> <p>Stalinismus</p> <p>Agitation</p> <p>Doppeldeutigkeit der Begriffe:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Demokratie – Freiheit – Recht 	<p>Nationalsozialismus</p> <p>Faschismus</p> <p>Rassismus</p> <p>Euthanasie</p> <p>Chauvinismus</p> <p>Ideologien</p> <p>Antisemitismus</p> <p>faschistoid</p> <p>Autarkie</p> <p>Militarismus</p> <p>Mythos</p> <p>Mau-Sekte</p>	<p>Literatur:</p> <p>Glaser, Hermann: Das Dritte Reich, Herderband 92</p> <p>Jäger, Wolfgang: Ziele und Praxis des Nationalsozialismus, Verlag für Literatur und Zeitgeschichte, Heft 6</p> <p>Fest, J.: Hitler (1973)</p> <p>Kühnl: Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus</p> <p>Sontheimer, K.: Der Überdruß der Demokratie, Köln, 1970</p> <p>Dorn, Wolfram: NPD – Neuer Anfang eines furchtbaren Endes? Köln, 1969</p> <p>Weiss v., Andreas: Die neue Linke, Boppard, 1969</p> <p>Horchem, Hans Josef: Extremisten in einer selbstbewußten Demokratie, Freiburg, 1975</p> <p>Winter, B.: Die Behandlung des Kommunismus im politischen Unterricht, Verlag Max Gehlen</p> <p>AVM:</p> <p>FTZ 93 – FTZ 95</p> <p>Ursachen des Nationalsozialismus: Massenverführung durch Propaganda, 22 Min., Verwandlung und Krise des Zeitalters, 20 Min., Zerstörung der Republik, 27 Min.</p> <p>FTZ 68 Mein Kampf</p> <p>FTZ 67, Der Schuttberg</p> <p>FTZ 92, Wer nicht für uns ist, ist gegen uns</p> <p>Tb. 185, Ein Volk, ein Reich, . . . Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums (erscheint jährlich)</p>	<p>Warum werden „Landserhefte“ und andere Schriften, die die NS-Vergangenheit und die Gewalt verherrlichen, angepriesen und verkauft?</p> <p>Die Sprache des Nationalsozialismus (Textanalyse);</p> <p>Sind Militärregime zu rechtfertigen?</p> <p>NPD – eine nationalsozialistische Partei?</p> <p>Diskussion über die Marxistische Vorstellung des Ablaufs der Geschichte;</p> <p>Diskussion über Selbstkritik und Unterwerfung auch unter sichtbar ungerechten Strafen von Anhängern des Kommunismus;</p> <p>mittelbare Stärkung rechtsextremer Organisationen durch gegenideologische Entwicklungen.</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	9
Politik	9. Nationale Interessen und internationale Politik	9.1 Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik		Berufsschule	GKD (POL)	.1

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Ursachen und Folgen der Teilung Deutschlands.</p> <p>BRD und DDR als zwei selbständige Staaten auf deutschem Boden.</p>	<p>... daß das geteilte Deutschland eine Folge des 2. Weltkrieges ist.</p> <p>... daß das Verhältnis der beiden deutschen Staaten u.a. durch das Eingebundensein in westliche bzw. östliche militärische und wirtschaftliche Bündnissysteme geprägt wurde.</p> <p>... daß die wechselseitigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten auch heute noch von den Interessen der Großmächte entscheidend mitbestimmt werden.</p> <p>... daß eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und der gefestigten Machtverhältnisse z.Z. nicht denkbar erscheint.</p> <p>... daß die besondere staatsrechtliche Stellung Berlin zu einem ständigen Konfliktherd macht.</p>		<p>Wiedervereinigung</p> <p>völkerrechtliche Anerkennung</p> <p>Alleinvertretungsanspruch</p> <p>status quo</p> <p>Gesellschaftsordnungen</p> <p>Ostverträge</p> <p>Grundvertrag</p> <p>Deutsche Nation</p> <p>Arbeiterklasse</p> <p>Berlin</p>	<p>Literatur:</p> <p>Vogelsang, Th.: Das geteilte Deutschland, dtv 4011, 1966</p> <p>Deuerlein, E.: (Hrsg.) DDR, dtv 347, 1966</p> <p>Schwarze, H.W.: DDR heute, Kiepenheuer & Witsch, 1970</p> <p>Bundesminister für innere Beziehungen, Materialien zur Lage der Nation 1971, Materialien zur Lage der Nation 1972</p> <p>Zahlenspiegel BRD DDR (jeweils jüngste Ausgabe)</p> <p>Thomas, R.: Modell DDR Reihe Hauser 108</p> <p>Grosser, A.: Geschichte Deutschlands seit 1945, dtv 1007</p> <p>AVM:</p> <p>FT 520, Deutschland, 1947 – 49, 15'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Der Demokratiebegriff in der BRD und in der DDR</p> <p>Zwei deutsche Staaten in der UNO</p> <p>Eigentum in den beiden Gesellschaftsordnungen</p> <p>Konsequenzen aus dem Grundvertrag</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	9
Politik	9. Nationale Interessen und internationale Politik	9.2 Probleme der Dritten Welt		Berufsschule	GKD (POL)	.2

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zur Verbesserung und Erhaltung der Lebensbedingungen aller Menschen.	<p>... daß ein starkes, ständig zunehmendes wirtschaftliches Gefälle zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern bedrohlich ist.</p> <p>... daß Entwicklungsländer und Industrieländer wechselseitig abhängig sind.</p> <p>... welche historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen diesen Zustand verursachen.</p> <p>... aus welchen Motiven Entwicklungshilfe geleistet wird.</p> <p>... daß es Gruppen in den Geber- und Empfängerländern gibt, die aus der Entstehung und Erhaltung der Ungleichheit Nutzen ziehen.</p> <p>... daß es notwendig ist, Chancengleichheit zwischen den Staaten anzustreben.</p> <p>... sich mit Einwänden gegen die Entwicklungshilfe kritisch auseinanderzusetzen.</p>		<p>Bevölkerungsexplosion</p> <p>Ernährungskrise</p> <p>Entwicklungspolitik</p> <p>Weltbank</p> <p>Neokolonialismus</p> <p>Nord-Süd-Gefälle</p> <p>Infrastruktur</p> <p>Humanität</p>	<p>Literatur:</p> <p>Winkler, H.-J.: Entwicklungshilfe... Modellanalyse, Leske Verlag, 1966</p> <p>Duve, F.: Der Rassenkrieg findet nicht statt, Econ Verlag, 1971</p> <p>Fohrbeck u.a.: Heile Welt und dritte Welt, Leske Verlag, 1971</p> <p>Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Die entwicklungspolitische Konzeption der BRD</p> <p>Berger, W. (Hrsg.): Probleme der Entwicklungshilfe, Unterrichtsbogen 1/68 Sparkasse in Bremen</p> <p>Frießel, H.-J.: Entwicklung als politische und sozioökonomische Aufgabe Modellanalyse, Leske Verlag, 1972</p> <p>Jahn, W. u.a.: Die Thematik „Dritte Welt / Entwicklungspolitik“ in den Lehrplänen der BRD</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Ist die Entwicklungshilfe eine Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Landes?</p> <p>Entwicklungshilfe als Eigennutz?</p> <p>Ist die Bevölkerungsexplosion durch Geburtenkontrolle zu regeln?</p> <p>Sind überhöhte Rohstoffpreise eine Antwort auf unzulängliche Entwicklungshilfe?</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	9
Politik	9. Nationale Interessen und internationale Politik	9.3 Internationale Zusammenarbeit		Berufsschule	GKD (POL)	.3

LERNZIELBEREICH				LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/Verhaltensdispositionen	Begriffe/Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
Politische und wirtschaftliche Zusammenhänge als Mittel zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen und Möglichkeiten zur friedlichen Lösung von internationalen Konflikten.	<p>... daß die durch Überbevölkerung, Rohstoff- und Energieverknappung und ungleiche Güterverteilung entstehenden Weltprobleme nur durch Kooperation human gelöst werden können.</p> <p>... daß staatliche Eigeninteressen immer wieder zu Konflikten führen und deshalb konfliktregelnde Verfahren auch zwischen Staaten nötig sind.</p> <p>... daß internationale Vereinbarungen und Organisationen trotz geringer Effektivität gefördert werden müssen, weil sie heute die einzige Möglichkeit zwischenstaatlicher Konfliktregelungen sind.</p> <p>... daß der langsame Fortschritt in der EG aus der sehr unterschiedlichen historischen Entwicklung der Nationalstaaten zu erklären ist.</p> <p>... daß die Einigung Europas auch aus sachlichen Gründen gefordert wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> — hoher Industrialisierungsgrad — Energieabhängigkeit — Mobilität der Arbeiter — Umweltschutz — gemeinsame Verteidigung <p>... politische und wirtschaftliche Grundlagen der osteuropäischen Integration kennen.</p>		<p>Machtpolitik Entspannung Souveränität Nationalismus Vetorecht Neutralität Koexistenz UNO EG EFTA COMECON OECD Europaparlament Europarat EG-Kommission europäischer Gerichtshof Zollunion Steuerharmonisierung gemeinsamer Arbeitsmarkt Verkehrspolitik Sozialpolitik Wettbewerbspolitik Industrie- und Energiepolitik Agrarpolitik Währungs- und Konjunkturpolitik Umweltschutz Regionalpolitik Kulturaustausch</p>	<p>Literatur: Europäische Dokumentation, Presse- und Informationsdienst der EG</p> <p>Bundeszentrale für politische Bildung Europa zwischen Tradition und Fortschritt. Schriften Heft 80</p> <p>Informationen zur politischen Bildung Nr. 154 und 155</p> <p>Hartwich, Horn, Grosser, Scheffler: Politik im 20. Jahrhundert, Westermann, 1974</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Einflußmöglichkeiten der UNO</p> <p>Wirtschaftliche, militärische und politische Blockbildungen</p> <p>Die EG als Wegbereiter der europäischen Einigung</p>

Fach/Lernbereich	Themenbereich	Thema	Zeitbedarf	Schulart/-stufe/Beruf	Klasse/Kurs	9
Politik	9. Nationale Interessen und internationale Politik	9.4 Friedenssicherung		Berufsschule	GKD (POL)	.4

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten/ Verhaltensdispositionen	Begriffe/ Fachsprache	Literatur/Medien	Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren
<p>Problematik der militärischen Verteidigung und Chancen der nichtmilitärischen Friedenssicherung.</p>	<p>... daß internationale Konflikte meistens auf Interessengegensätzen beruhen, deren Ursache religiöser, ideologischer, nationaler, wirtschaftlicher oder rassistischer Art sein können.</p> <p>... daß militärische Verteidigung heute fragwürdig ist, weil Bevölkerung und Sachwerte gegen moderne Angriffswaffen nicht geschützt werden können.</p> <p>Politische Strategien zur Kriegsverhinderung und deren Schwierigkeiten kennen</p> <p>Theorie der sozialen Verteidigung und deren Schwierigkeiten kennen.</p> <p>Ergebnisse der Friedensforschung kennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterscheidung von direkter und indirekter (struktureller) Gewalt - Ursachen von Krieg und Gewalt (Lebensnot, Herrschaftstreben, Sendungsglaube, Triebdrang, Gruppenidentifikation, projektive Angst). - Methoden bzw. Modelle zur friedlichen Regelung von Konflikten (nationale Rechtsordnungen, Völkerrecht, Weltorganisationen, Wettspiele, Spieltheorie). - Die politische und gesellschaftliche Rolle der Streitkräfte kennen und beurteilen können. <p>... daß persönliche Entscheidung für Wehrdienst oder für Zivildienst ethisch und politisch begründet werden kann.</p> <p>... daß in der konkreten persönlichen Auseinandersetzung mit den Problemen der Friedenssicherung ein Gewissenskonflikt angelegt ist.</p>		<p>Friedenspolitik Sicherheitspolitik Gewalt Streitkräfte Gleichgewicht des Schreckens Wehrpflicht Kriegsdienstverweigerer Gewissen Pazifismus Internationales Rotes Kreuz Amnesty International Zivildienst soziale Verteidigung</p>	<p>Literatur: Wehrrecht, dtv 5012, 1973</p> <p>Obermann, E. (Hrsg.): Verteidigung, Handb. Stuttg. Verlagskontor, 1970</p> <p>Vilmar, F.: Rüstung und Abrüstung, rororo 6797, 1973</p> <p>Liepmann, H. (Hrsg.): Kriegsdienstverweigerung, rororo 885, 1970</p> <p>Ebert, Th.: Gewaltfreier Aufstand . . ., Fischer 1123, 1971</p> <p>Bundeszentrale für politische Bildung, Probleme der Friedenserziehung Schriften Heft 90</p> <p>Wehrpflicht . . . Reihe Kontrovers</p> <p>Informationen . . . Nr. 149 und 150</p> <p>Fetscher, J.: Modelle der Friedenssicherung. Serie Pieper Nr. 41</p> <p>AVM: FTS 2035, Wer will unter die Soldaten, 17', FTS 84, Kriegsspiele, 40'</p>	<p>Themenvorschläge:</p> <p>Soldat der Bundeswehr oder Kriegsdienstverweigerer — eine Gewissensentscheidung.</p> <p>Zivildienst als Friedensdienst</p> <p>Probleme der Abrüstung</p> <p>Die Friedens- und Konfliktforschung</p> <p>Konfliktursachen und deren Beseitigung</p> <p>Die gewaltfreie Verteidigung als Alternative zur militärischen Verteidigung.</p>

Grundsätze für die einzelne Unterrichtsstunde

Der Jugendliche soll:

- Den politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Reil von Tageszeitungen lesen und entsprechende Radio- und Fernsehsendungen verfolgen können.
- Zu einer Sachfrage zusätzliche Informationen beschaffen können (Bibliothek, Statistik, Handbuch, Landeszentrale für Politische Bildung, Radio-, Fernseh-, Zeitungsredaktionen, Schule, ggf. auch Interview u.ä.).
- Aus Bildmaterial Sachinformationen entnehmen und Manipulationen erkennen können.
- Fragwürdiges und Alternatives erkennen und den Konfliktgehalt unterschiedlicher Auffassungen ermessen können.
- Standpunkte vertreten, vergleichen und weiterverfolgen können.
- Zu Lösungsvorschlägen Stellung nehmen und hierbei Sachwissen aus anderen Bereichen heranziehen können.
- An einem Gespräch politischen Inhalts (durch Zuhören, Fragen, eigene Beiträge) teilnehmen können.
- Eine Diskussion in den Hauptergebnissen mündlich (ggf. auch schriftlich) festhalten können.
- An einer Diskussion aktiv teilnehmen (ggf. auch führen) und sich mit vorgetragenen Argumenten kritisch und geschickt auseinandersetzen können.
- Informationen, Standpunkte, Argumente, Lösungsvorschläge zusammenfassend und wirksam darstellen können (Gespräche, Rede, Referat, Brief, Thesen, auch durch Plakat und Flugblatt u.ä.).
- Planvolles Handeln organisieren können.
- Kritik und Enttäuschung ohne Resignation und ohne Aggression aushalten können (ebenso wie entsprechende Versagens-Wirkungen bei anderen einsehen – und für beides ein Verhaltens-Instrumentarium aufbauen).

– Bereit sein:

- Entscheidungen zu treffen und zu begründen,
- Konflikte rational zu regeln,
- Macht – auch eigene – kontrollieren zu lassen,
- Kritik und Selbstkritik zu üben,
- Informationen zu kontrollieren,
- eigene Bedürfnisse und Interessen zu vertreten und fremde zu berücksichtigen,
- Situationen zu verändern,
- das Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit auszuhalten,
- solidarisch zu handeln, aber auch Widerstand zu leisten,
- Kompromisse zu schließen.

